



G 46983

ISSN 0937-5333

Nr. 59 · Sept. 2015

*Denk ich an die Polizei in der Nacht,
Dann bin ich um den Schlaf gebracht,
Ich kann nicht mehr die Augen schließen...*

INFORMATIONEN NACHRICHTEN MITTEILUNGEN



... ist die Partei der inneren Sicherheit

Mit dieser Schlagzeile präsentiert sich die hessische CDU aktuell auf ihrer Internetseite. Selbstverständlich betont die CDU, dass sie stolz auf die gute Arbeit, die die Polizeibeamtinnen und -beamten in Hessen täglich leisten, stolz sind und dass die Innere Sicherheit das A und O ist.

Die unter CDU-Verantwortung festgelegte Zahl von 13.764 Polizeivollzugsstellen stellte nicht die tatsächlich erforderliche Anzahl dar. Die in den letzten Jahren stetig steigende Arbeitsbelastung und die politisch veranlassenen Schwerpunktmaßnahmen fordern einen deutlich höheren Stellenkegel. Die beabsichtigte Erhöhung der Vollzugsstellen um 140 aufgrund der, in der schwarz/grünen Koalition beschlossenen Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden (in 2017), sollen dies nur im Wechselschichtdienst ausgleichen und nicht bei der gesamten Polizei.

Ein argumentatives Steckenpferd der CDU ist auch die hervorragende Ausstattung der hessischen Polizei. Die CDU ist seit 1999 in Hessen in Regierungsverantwortung und es ist selbstredend, dass sich auch in den letzten 15 Jahren die Ausstattung und Ausrüstung weiterentwickelt hat. Leider ist es in dieser Zeit nicht gelungen, einen flächendeckenden Digitalfunk vollumfänglich und funktionsfähig in den Betrieb zu nehmen. In dieser Zeit ist es nicht gelungen einen sogenannten „Polizeisitz“ im Streifenwagen einzuführen, der den tatsächlichen Erfordernissen gerecht wird. In dieser Zeit ist es nicht gelungen die Fahrzeug-EDV so einzuführen, dass polizeiliche Auskunft-/Informationssysteme auch im Polizeifahrzeug nutzbar sind.

POLIZEI REPORT

Vorwort	3
GdP-Beirat tagte in Zella	5
Landeshaushalt: Forderungen der GdP	9
Kommentar: Ich glaube ich träume...	13
Challenge-Lauf 2015: GdP sponsert Trikots	15
Demo am 16. Juni in Wiesbaden	16
Ausflug in die Frankenmetropole Würzburg	17
Conny Jehnert übernimmt Kreisgruppe Fulda	19
KG Offenbach auf Wolkenkratzer tour	21
Task-Force für Flüchtlinge eingerichtet	23
BZG OH fährt zum Stuttgarter Weihnachtsmarkt	25
BZG OH lädt zur Seniorentagung ein	25
Besoldungsdiktat - Demo in Offenbach	26
Alfred Hau ist neuer PSt-Leiter in Fulda	27
Peter Lang ist neuer Leiter der PSt Rotenburg	29
Alexandra Stehr-Kröll ist 25 Jahre bei der Polizei	31
Verstärkung für das PP Osthessen	33
Seniorensseminar im Frühjahr in Tann	35
11. Deutscher Seniorentag in Frankfurt	35
Altersarmut in Deutschland	37
Die Polizei-Chef-Affäre im Jahre 2009	39
G7-Einsatz in Elmau / Ein Kollege im Interview	43

Wie es im Leben so ist, hat jede Medaille zwei Seiten. Auf der einen Seite rühmt sich die CDU, die Partei der inneren Sicherheit zu sein, auf der anderen Seite ist sie als die Partei zu sehen, die die Polizeibeschäftigten permanent in die Taschen greift. Wer mittels Koalitionsvereinbarung den Polizeibeamtinnen und -beamten von vorne herein die Tarifergebnisse vorenthält, wer neue Schwerpunktforderungen ohne relevanten Personalausgleich beschreibt, wer Änderungen bei der Beihilfe vornimmt um nur Geld zu sparen, scheint nicht dem Beschäftigten die gebotene Fürsorge zukommen zu lassen.

Natürlich stellen wir auch fest, dass die Staatsschulden in Hessen mittlerweile über 40 Mill. Euro betragen. Wir haben auch festgestellt, dass diese sich während der 15 Jahre CDU-Regierungsverantwortung verdoppelt haben. Wir stel-

len auch fest, dass in diesen 15 Jahren dem öffentlichen Dienst, insbesondere den Polizistinnen und Polizisten wiederholt der Tarifabschluss nicht gewährt wurde und dass seit der Einführung der zweigeteilten Laufbahn die Chancen beruflichen Fortkommens so gut wie nicht vorhanden sind. Seit 2006 haben es die Verantwortlichen CDU, trotz wiederholten Forderungen der GdP, ignoriert den Kolleginnen und Kollegen in den belasteten Schichtdiensten und operativen Einheiten auch nur ansatzweise die Zulagen anzupassen oder überhaupt erst zu schaffen.

Eine Partei, die auf ihrer Internetseite veröffentlicht: „Durch unsere Politik beweisen wir jeden Tag: Wir stehen fest an der Seite der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten...“ sollte endlich den Worten auch Taten folgen lassen!

GdP-BEIRAT TAGE IN ZELLA

NACHHALTIGE KONZEPTE BESCHLOSSEN

Zu einer außerordentlichen Beirats-sitzung hatte die hessische GdP neben dem Landesvorstand alle Kreis-, Bezirks- und Personengruppenvorsitzen- den eingeladen. Zwei zentrale Punkte sollten auf der Sitzung behandelt wer- den. Dies waren zum einen die Nach- besetzung einer freien Funktion im geschäftsführenden Landesvorstand und zum anderen die Vorstellung des Konzepts für die Personalratswahlen im kommenden Jahr.

Ewald Gerk, der in Vertretung des Lan- desvorsitzenden Andreas Grün die Sit- zung führte, zog zunächst die gewerk- schaftliche Bilanz des letzten halben Jahres. Bestimmendes gewerkschaftliches Thema war zweifelsohne die Tarif- verhandlung Mitte April in Dietzenbach. Im Vorfeld der Verhandlungen meldete sich Innenminister Beuth bei Andreas Grün und regte an, dass man die Höher- gruppenproblematik bei der Wach- polizei im Rahmen der Tarifverhand- lungen einvernehmlich vereinbaren könne, was auch geschah. Das Ergebnis der Tarifverhandlungen sieht vor, dass grundsätzlich die, die jetzt in der EG6 sind nach EG8 und die, die in der EG8 sind, nach EG9 kommen können. Um persönliche Nachteile auszuschließen,



Stv. GdP-Landesvorsitzender Ewald Gerk leitete in Vertretung von Andreas Grün die Beiratsitzung.

muss sich jeder WaPol die Sache aus- rechnen und einen Antrag stellen. Die



Blick in die Runde.

Anträge, die aufgrund des „Hamburger Urteils“ gestellt wurden, bleiben davon unberührt.

Das nächstlich abgeschlossene Tarifer- gebnis ist vergleichbar mit der TdL. Zwei Prozent in diesem und 2,4 Prozent im kommenden Jahr. Für die Auszubilden- den wurde viel erreicht, und bei der VBL wurden die einseitigen Eingriffe durch den Arbeitgeber verhindert. Unterm Strich: Ein akzeptables Ergebnis.

Bei der Übertragung des Tarifabschlus- ses auf den Beamtenbereich sieht es al- lerdings bitter aus. Die schwarz/grüne Landesregierung hält nach wie vor an der **NULL-RUNDE** fest. Auch die beein- druckende Demo am 16.06.15 in Wies- baden, konnte die Landesregierung bis jetzt nicht umstimmen.

Ein fataler Fehler ein Totalversagen der schwarz/grünen Politiker mit gra- vierenden Folgen für die Zukunft Wir erfahren die Auswirkungen schon jetzt hautnah. Es wird immer schwieriger die freien Stellen durch geeignete Bewer- ber zu besetzen. Nicht nur, dass der de- mografische Wandel uns derzeit schon eingeholt hat, er hat uns schon fast überholt. Die verantwortlichen Politi- ker ziehen daraus nicht erforderlichen Konsequenzen. Wir fragen uns: Wer berät eigentlich unseren Innenminister in diesen so wichtigen Fragen?

Wir stellen fest, dass die Bundesländer rund um Hessen mittlerweile ca. 300 Euro in einer Besoldungsgruppe höher liegen. Hessen ist das einzige Bundes- land in dem das Tarifiergebnis 2015 nicht auf die Beamten übertragen wur- de. Keine andere Landesregierung geht



Der Kasseler Kreisgruppenvorsitzende Lars Elsebach wurde als Verhandlungsleiter für die Beiratsitzung gewählt.

so provokant und desavouierend mit ihren Bediensteten um. Das sind hand- feste Argumente die Bewerber lieber in die benachbarten Länder gehen lässt. Auch die 42-Std.-Woche verstärkt diese In Attraktivität immens. Der bayerische Innenminister ist drauf und dran im Schichtdienst die 35-Std.-Woche ein- zuführen – und Hessen?

Schuldenentwicklung in Hessen seit dem Jahr 2000

Betrachten wir einmal die Schulden- entwicklung in Hessen: Im Jahr 2000 hatte Hessen 22,5 Milliarden Euro Schulden. Im letzten Jahr waren es be- reits 41,5 Milliarden Euro. Das zeigt, dass die CDU in den letzten 15 Jahren ihrer Regierungsverantwortung keine verantwortungsvolle Haushaltspolitik betrieben hat. Fast 20 Milliarden Euro mehr Schulden. In dieser Zeit haben



Stv. GdP-Landesvorsitzender Ewald Gerk (Bildmitte) stellte v.l. Katrin Kuhl, KG PTLV, Karin Schäfer, BZG Ffm und Conny Jehnert, KG Fulda vor, die allesamt am Mentoringprogramm der GdP teilgenommen haben und jetzt maßgebliche Positionen in der GdP begleiten.



HPR-Vorsitzender Jens Mohr berichtet über aktuelle Themen aus Sicht des Hauptpersonalrats.

wir abgespeckte Tarifübertragungen, Nullrunden oder zeitlich verzögerte Tarifübertragungen erhalten. Alles diente ausschließlich zur Konsolidierung des Landeshaushaltes.

Fehlstellen: keine Vorsorge betrieben

Die Fehlstellenproblematik mit all seinen Facetten ist das größte Problem, das die hessische Polizei hat. Gerade wir als GdP haben seit Jahren auf die Folgen des sorglosen Umgangs mit dem demografischen Wandel hingewiesen. Oftmals wurden wir als Schwarzmaler oder Panikmacher hingestellt. Die derzeitige Lage gibt uns Recht. Aber was haben die Kolleginnen und Kollegen im Streifenwagen, in den Ermittlungsgruppen oder Kommissariaten davon?

- eine höhere Arbeitsbelastung,
- einen höheren Vorgangsdruck,
- weniger ausreichend Erholungsphasen
- und jetzt schon über 3 Millionen Überstunden!

Getoppt wird das Ganze noch mit der Motivationsbremse „NULLRUNDE“. Die ständig steigenden Krankenraten sind das Ergebnis dieser Dauerhaften Überlastung und kündigen den bevorstehenden Kollaps an.

Zukünftige Belastungen

Schauen wir mal in die Zukunft und betrachten uns, was auf die hessische Polizei belastungsmäßig zukommen wird:

- Großeinsatzlagen, wie zB. 25-Jahr-Feier anl. der deutschen Einheit
- die Fußballsaison beginnt (Hessen hat mit der Eintracht und Darmstadt zwei Vereine in der ersten Liga. Selbstverständlich dürfen auch nicht die personalintensiven

Spiele der 2. Und 3. Liga, insbesondere die der Offenbacher nicht vergessen).

- Politisch/religiös motivierte Gewalttaten nehmen ständig zu
- Die Flüchtlingsproblematik (wenn in diesem Jahr etwa 45.000 Flüchtlinge in Hessen erwartet werden und ein Großteil binnen weniger Wochen abgeschoben werden soll, weiß jeder von uns, was das für die Polizei bedeutet. Ob ich z.B. Büdingen, Neustadt, Kirchhain oder jetzt auch Rotenburg nehme. Die dortigen Polizeistationen sind aufgrund ihrer geringen Personaldecke dafür nicht ausgelegt. Auch liegen sie geografisch so, dass Unterstützungskräfte etwa 1/2 Stunde oder mehr benötigen, um am Einsatzort einzutreffen.

Auch hier werden wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, wieder einmal alleine gelassen. Wie sagten Polizeiverantwortliche bei einer Bürger-Veranstaltung



Landesvorstandsmitglied Peter Wittig (WH) ergänzte den gewerkschaftlichen Bericht in Bezug auf das DRMod2.

in Rotenburg. Wir wollen erst mal die Lagebilder auswerten und können dann immer noch reagieren. Das ist Unverantwortlich.

Wir können und dürfen unsere Kolleginnen und Kollegen nicht alleine lassen. Mit einer deutlichen Polizeipräsenz gilt es, auch hier von Anfang an Flagge zu zeigen. Denn: Vorsorge ist die beste Fürsorge.

Mit Müh' und Not haben wir die 445 vorgesehenen Einstellungen für den Herbst 2015 erreicht. Was diese Zahl natürlich relativiert, ist der Umstand, dass etwa 10 Prozent die Ausbildung nicht zu Ende bringen. Diese etwa 50 Anwärter, die im Laufe der Ausbildung die Polizei wieder verlassen, können nicht von vorne herein berücksichtigt werden, d.h. wir laufen dieser Fehlstellzahl wieder einmal hinter her.

Seit längerer Zeit schleppen wir auch die Ungerechtigkeit in Folge der Umstellung der Dienstalters- in Erfahrungsstufen mit uns herum. Wir als GdP sind wieder einmal die einzigen, die dieses Feld beharrlich beackern. Es zeichnet sich derzeit eine Lösung ab, die die meisten Umstellungs-Ungerechtigkeiten beseitigen.

Nicht nur das haben die Polizeibeschäftigten zu ertragen, sondern auch die Folgen aus den Anträgen aufgrund altersdiskriminierender Bezahlung. Das BVerwG hat vor einiger Zeit entschieden, dass ein Betrag von 100 Euro/Monat ein angemessener Ausgleich ist. Was macht das Land: es prüft und prüft – wahrscheinlich nur mit dem Hintergedanken, sich vor einer Zahlung zu drücken.



Lars Elsbach (rechts) von der BZG Nordhessen und Peter Horlacher (links) von der BZG Frankfurt, vertreten Hessen im Bundesfachausschuss Kripo.

Personalratswahlen 2016

Die Personalratswahlen im Mai 2016 werfen ihre Schatten voraus. Für die Personalräte in den Polizeibehörden und im Innenministerium müssen mitunter neue Kandidaten gefunden werden, die diese interessante und spannende Tätigkeit übernehmen wollen. Aber auch die Frage, mit welcher Strategie die GdP in den Personalratswahlkampf geht, wurde umfassend diskutiert und beraten. Zum Ende der Diskussion waren sich alle einig, dass die GdP ein Konzept gefunden hat, das bei den Kolleginnen und Kollegen ankommt. Der kreierte Wahlslogan: „Gemeinsam stark für deine Zukunft“, drückt aus, was die GdP in der kommenden Personalratsperiode anstrebt. Eines ist jedoch jetzt schon sicher: Nur mit einer hohen Wahlbeteiligung haben die Personalräte ausreichend Rückenwind, um die Beschäftigteninteressen bei den Behördenleitungen durchzusetzen. Fazit: Geht wählen! Wählt die GdP!

Nachbesetzung

Der auf dem letzten Landesdelegiertentag in Marburg in den geschäftsführende Landesvorstand (gLBV) gewählte Swen Eigenbrodt aus Südhessen, hat vor wenigen Wochen aus persönlichen Gründen das Wahlamt niedergelegt. Für die Zeit seines Engagements sagt der Landesvorstand Danke! Dadurch ist jedoch die Funktion eines gleichberechtigten Mitglieds im gLBV frei geworden, wofür der Landesvorstand Karin Schäfer (BZG Frankfurt) vorschlug.

urter Bezirksgruppenvorsitzende Karin Schäfer wurde einstimmig gewählt. Im gLBV wird Karin Schäfer u.a. der Rechtsschutzkommission angehören



Foto oben: Die Delegierten stimmen ab.

Foto rechts: Markus Hüschentt (BZG SOH) im Gespräch mit Katrin Kuhl (BZG PZBH)

und diese wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe übernehmen.



Durch die Amtsniederlegung von Swen Eigenbrodt wurde auch der Beisitz für den bundesweiten „Fachausschuss „Kriminalpolizei“ frei. Lars Elsbach, BZG Nordhessen, übernimmt als bisheriger Vertreter im FA Kripo diese Funktion des ständigen Vertreters. Als neues stv. Mitglied im Fachausschuss wurde Peter Horlacher (BZG Frankfurt) einstimmig gewählt.

zum nächsten Landesdelegiertentag im Jahre 2018 übernimmt der Landesbezirkskontrollausschuss diese Aufgabe.

Abschließen stellte der Geschäftsführer der GdP-Geschäftsstelle in Wiesbaden die Angehörigen der Geschäftsstelle sowie deren Aufgabenbereiche dar.

Ewald Gerk



Karin Schäfer von der BZG Ffm wurde in den gLBV gewählt.

GdP-Schiedsordnung

Im Anschluss an die Wahlen stellte Landeskontrollausschussvorsitzender Georg Otto die neue Schiedsordnung vor. Diese wurde auf dem letzten Bundesdelegiertentag verabschiedet. Das Schiedsgericht kann von Organisationen und Organen angerufen werden, jedoch nicht von Einzelmitgliedern. Bis



Verschaffen Sie sich Durchblick.

Überzeugen Sie sich von der hohen Qualität unserer Fenster, Türen und Wintergärten bei einem Rundgang durch unsere Produktionsstätte.

Wir freuen uns über Ihren Besuch!

HOEFLER FENSTER seit 1965

www.hoefler-fenster.de
Lützelhäuser Straße 18
63589 Linsengericht-Großenhausen
Telefon: 06051 6000-43

Eigene Produktion. Eigene Montage. Eigener Kundendienst.

FORDERUNGEN DER GdP

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit ist ein grundlegender verfassungsrechtlicher Anspruch der Bürgerinnen und Bürger. Diese Aufgabe wird hauptsächlich durch die Polizei wahrgenommen, die dadurch wie kaum ein anderer Bereich im öffentlichen Fokus steht.

Mit Blick auf die jüngste Vergangenheit wurde der signifikante Stellenabbau bei der Polizei korrigiert, und es ist eine Erhöhung der Einstellungszahlen festzustellen. Diese Maßnahme kann jedoch die erheblichen Personalvakanz bei den Vollzugs-, Fach- und Verwaltungsbeamten sowie im Tarifbereich der Polizei nicht vollumfänglich ausgleichen.

Neue Planstellen erforderlich

Die Festschreibung der Planstellen bei der Vollzugspolizei auf 13.905 Planstellen (inkl. 141 Planstellen als Ausgleich der beabsichtigten Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden in 2017) stellt einen willkürlichen Stellenkegel dar und wurde ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Haushaltskonsolidierung so klassifiziert.

Die Bemessung der benötigten vollzugspolizeilichen Stellen muss sich an den bestehenden Kriminalitätsformen sowie den immer signifikanteren Gefahren des internationalen Terrorismus ausrichten. Hinzu kommt die zu konstatierende „Flüchtlingspolitik“ der Bundesregierung, die die Bundesländer und damit die Polizei der Länder vor immer neue Herausforderungen stellt. Wachsende Ausländerfeindlichkeit sowie zunehmende Anschlagereignisse auf Flüchtlingsunterkünfte sind bereits in diesem Jahr auf einem historischen Höchststand.

Für den Bereich der Vollzugspolizei fordert die GdP als eine Mitgliedsgewerkschaft im DGB deshalb eine massive Erhöhung der Ausbildungsrate. Es muss sichergestellt werden, dass alle Personalabgänge – seien es Pensionierungen, Kündigungen oder Personen, die das Bachelorstudium nicht bestehen – umgehend und damit im Verhältnis 1:1 durch Neueinstellungen ersetzt werden. Um durch die etwa 10 Prozent Studienabgänger keine Vakanz entstehen zu



lassen halten wird eine dementsprechende Aufstockung der Einstellungszahlen für erforderlich.

Der im Koalitionsvertrag von CDU und GRÜNE festgeschriebene Stellenabbau von 1.800 Stellen, der auch und gerade in der Polizeiverwaltung (147,5 Stellen) stattfindet, muss dringend korrigiert werden.

Dienstrechtsmodernisierungsgesetz II – Ungerechtigkeiten beseitigen

Zu bemängeln ist weiterhin, dass die im Zuge des ersten Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes zu verzeichnende Erhöhung der Lebensarbeitszeit den besonderen Belastungen des Polizeiberufs mit seinen verschiedenen Facetten nicht gerecht wird. Der mit dieser Regelung eng korrelierende demografische (Negativ-)Trend innerhalb der Polizei setzt sich nicht nur fort, sondern schränkt die Zukunftsperspektiven, insbesondere die Aufstiegschancen und Beförderungsmöglichkeiten für alle Polizeibeschäftigten, erheblich ein.

Aufstiegschancen für Tarif und Vollzug schaffen

Die Mehrzahl der Vollzugsbeamtinnen und –beamten befindet sich in der Besoldungsgruppe A10. Aufstiegschancen sind so gut wie keine vorhanden.

Das letzte Hebungsprogramm mit Schwerpunktsetzung auf Beförderun-

gen in die Besoldungsgruppe A10 hatte keine strukturellen Verbesserungen zur Folge. Schlimmer noch: Im Eingangssamt A 10 werden tausende von Polizeivollzugsbeamten dauerhaft perspektivisch keine Möglichkeit erhalten, ein berufliches Fortkommen mit den damit einhergehenden Beförderungen für sich in Anspruch nehmen zu können.

Wir fordern ein Hebungsprogramm für die Polizei (auch der Fach- und Verwaltungsbeamten) mit den Schwerpunkten in den Besoldungsgruppen A11, A12 und A13 (Ausschöpfung der Stellenplanobergrenze).

Gleiches trifft auch für den höheren Polizeivollzugsdienst zu. Die tariflichen Eingruppierungen und Anpassungen an die ausgeübten Tätigkeiten dürfen nicht länger unter dem Rubrum der Schuldenbremse stehen.

Ebenso stellt sich die Situation der Tarifbeschäftigten bei der Polizei dar. Deren Zuständigkeiten haben sich aufgrund der vielschichtigen Aufgaben der Vollzugspolizei ebenso quantitativ als auch qualitativ verändert. Die langjährige Forderung der Gewerkschaft der Polizei nach einem eigenständigen Berufsbild des „Polizeifachangestellten“ und der damit einhergehenden deutlichen verbesserten Eingruppierung muss endlich umgesetzt werden.

Gewalt gegen Polizeibeamte

Die Gewalt gegen Polizeibeamtinnen

und Polizeibeamte ist stetig steigend und hat mittlerweile in der Anzahl der Fälle als auch in der Qualität der Angriffe einen signifikanten Höchststand erreicht. Einhergehend sind auch die langfristigen gesundheitlichen Folgen für die Vollzugsbeamtinnen und -beamten. Fürsorgemaßnahmen müssen optimiert werden und insbesondere die seit Jahren geforderten Vorsorgekuren für den Vollzug sind dringend geboten. Insbesondere an den Beispielen: Leistungskürzung bei der Beihilfe und verordnetes Besoldungsdiktat wird dies deutlich. Die Folgen, auch die der dienstlichen Überlastung, darf der Staat nicht von den Bediensteten selbst finanzieren lassen sondern er hat umfänglich Fürsorge zu leisten.

Schichtzulage für die OPE'en dringend erforderlich

Zudem darf das Zulagenwesen nicht länger abgekoppelt bleiben. Seit 2006 hat Hessen nicht von der übertragenen Gesetzgebungskompetenz Gebrauch gemacht. Die Erhöhung der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ), eine Erhöhung der gewährten Zulagen für besondere Tätigkeiten und Verwendungen (WSD), die Schaffung einer Zulage für operative Einheiten (OPE) und ebenso auch die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage sind längst überfällig. Es kann und darf nicht sein, dass hessische Polizistinnen und Polizisten auf dem Stand der Zulagenverordnung Bund von 2004 bezahlt werden.

Zeitgemäße Mehrdienstverordnung ist dringend erforderlich

Wir fordern weiterhin die dringendst notwendige und überfällige hessische Schaffung einer Mehrdienstverordnung. Da die Mehrarbeitsstunden nicht, wie vom Gesetzgeber zunächst gefordert, alle in Freizeit zu vergüten sind, wird landesweit die finanzielle Abgeltung der Stunden beantragt. Die hierfür im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel sind bei Weitem nicht ausreichend, im Gegenteil, im vergangenen Jahr wurden lediglich ca. 80.000 Stunden finanziell vergütet. Wie die Entwicklung weiter geht, dürfte deutlich sein.

Hinzu kommt der in den vergangenen Jahren betriebene Aufwand zur Ermittlung der Mehrarbeit. Der Aufwand steht vollkommen außer Verhältnis zu dem zu erzielenden Nutzen.

Im Zentrum des immensen Verwaltungsaufwandes stehen die rechtlichen Bestimmungen der §§ 50 HBesG und 61 HBG. Der meiste Aufwand betrifft jedoch die Unterscheidung zwischen sog. „messbaren“ und „nicht messbaren“ Stunden. Hier stoßen nicht nur die Beschäftigten selbst, sondern die zuständigen Personalverwaltungen an Grenzen. Die Unterscheidung zwischen „normalen“ Überstunden, Mehrdienst aufgrund von Gerichtsterminen, Einsätzen, Sportstunden, Schießen usw. ist nicht mehr zeitgemäß und in der Praxis kaum vermittelbar. Die Arbeitszeiten, welche durch diese Tätigkeiten entstehen, könnten wesentlich sinnvoller verwendet werden.

Die Anspruchsnahme der LAK-Stunden wird eine Herausforderung für die Polizei

Die Polizeibeamten in Hessen haben die längste Wochenarbeitszeit aller vergleichbaren Polizeien der Länder und des Bundes. Die Zahl der Mehrarbeitsstunden steigt seit Jahren an und befindet sich deutlich oberhalb der Grenze von 3 Millionen Überstunden. Aber auch die Einführung des Lebensarbeitszeitkontos (LAK) mit den einhergehenden angesparten Stunden stellt die Polizei vor unlösliche Aufgaben. Ein einfaches Beispiel kann dies veranschaulichen: In 24 Monaten hat ein unter 50-jähriger Beamter für sechs Wochen Freizeitaus-

gleich angespart. Die Freizeitphasen müssen von den restlichen Beschäftigten aufgefangen werden, wodurch diese wieder über Gebühr belastet werden. Es müssen dringend Regelungen geschaffen werden, die eine andere Art der Abgeltung der LAK-Stunden möglich macht. Wenn keine intelligente Lösung geschaffen wird, führt dies unweigerlich zum Personalkollaps beim Polizeivollzug.

Wochenarbeitszeit reduzieren

Wir fordern für alle Polizeibesetzten wieder die 38,5 Std.-Woche, um den Folgen durch die permanent steigenden Einsatzbelastungen entgegen zu wirken. Als einen ersten Zwischenschritt könnte wir uns die sofortige Einführung der 40 Std.-Woche und analog zum TV-H die 38,5 Std.-Woche für den Wechselschichtdienst vorstellen.

Alterdiskriminierende Besoldung: Last Taten folgen!

Die durch die Verabschiedung des 2. DRModG festgestellten Benachteiligungen bei den Überleitungen in das neue Besoldungsrecht bedürfen einer dringenden Korrektur. Aber auch die höchstrichterlich festgestellte altersdiskriminierende Besoldungszahlung (Dienstaltersstufen) in den zurückliegenden Jahren muss dringend finanziell ausgeglichen werden.

GdP/eg

AU-ATTEST HAT BEWEISKRAFT

Bezweifelt der Arbeitgeber die Richtigkeit einer ärztlichen Bescheinigung, so muss er das beweisen. Die bloße Vermutung, das Attest sei nicht richtig, reicht nicht, um dieses zu entkräften.

Der Fall: Die Arbeitnehmerin war als Physiotherapeutin beschäftigt. Sie hatte ihr Arbeitsverhältnis selbst gekündigt und wollte bis zum Ende der Beschäftigung den Resturlaub nehmen. Das lehnte der Arbeitgeber aus organisatorischen Gründen ab. Vier Tage später legte die Angestellte eine Krankschreibung vor, die dann bis zum letzten Tag des Arbeitsverhältnisses verlängert wurde. Der Arbeitgeber verweigerte die Entgeltfortzahlung. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Die ärztlichen Atteste begründen die tatsächliche Vermutung, dass die Arbeitnehmerin während des attestierten Zeitraumes infolge Krankheit arbeitsunfähig war. Der bloße Umstand, dass es ein Zusammentreffen von verweigertem Urlaub und Krankheit gibt, reicht zur Anfechtung eines Attestes nicht aus.

Der Arbeitgeber hat keine ausreichenden Tatsachen vorgetragen, die zu ernsthaften Zweifeln an der Arbeitsunfähigkeit der Arbeitnehmerin Anlass geben könnten.

Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 26. November 2014 - 4 Sa 398/14

ICH GLAUBE ICH TRÄUME, FALL FAST VOM HOCKER...

„Aufgrund der stetig steigenden Zahl von Flüchtlingen in hessischen Einrichtungen werden extreme Engpässe in der Aufnahme der persönlichen Daten von Neuankömmlingen, Verwaltung und Administration, wie auch zum Beispiel im Controlling der Ausgabe des Taschengeldes festgestellt.“

Das hierfür erforderliche Personal steht quantitativ und qualitativ nicht in ausreichender Anzahl zur Verfügung. Für die Gewinnung von Personal ist auch an pensionierte Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten gedacht“.

Liebe Leser, manchen von euch werden diese Zeilen bekannt vorkommen. Nämlich allen, die in den letzten bis zu fünf Jahren in den Ruhestand getreten sind. Sie wurden im Mitte August von ihren ehemaligen Beschäftigungsbehörden angeschrieben und um Unterstützung gebeten,

bei den oben beschriebenen Aufgaben zu unterstützen. Mit einer befristeten Beschäftigung oder einem Minijob soll dies formell gestaltet werden. Die Entlohnung dafür beträgt bis zu 25 Euro/ Stunde.

Hinweis der Redaktion:

Wir möchten euch an dieser Stelle die Antwort (nebenstehend im Kasten) eines ehemaligen Kollegen nicht vorenthalten, der uns seine Meinung hierzu in einer besonderen Art und Weise mitgeteilt hat.

Wir möchten sehr deutlich sagen, dass wir die Gesamtsituation, die wahrlich schlimm genug ist, nicht ins Lächerliche ziehen möchten.

Aber sehr deutlich möchten wir auch anmerken, dass es nahezu unerträglich ist, dass die Landesverwaltung bis 2019 im Tarifbereich 1.800 (eintausendacht-hundert!!!) Stellen gestrichen bekommt, die nahezu für die oben beschriebenen Tätigkeitsfelder wie geschaffen erscheinen, und gleichzeitig Pensionäre um Unterstützung bittet.

gdp/pw

Hallo,

liebe „ehemalige“ Kolleginnen und Kollegen,

wie ihr wisst, bin ich in Pension und hab gar keine Zeit, aber nach diesem Brief bin ich für ein paar Verse gerne bereit.

Habe nämlich von der Abteilung V persönliche Post bekommen und mir zum Lesen des Schreibens doch Zeit genommen.

Im Präsidium wurden angewiesen die Mitarbeiter von V 3, weil zusätzliches Personal muss sofort herbei

zu schreiben einen Brief an die Ruheständler alle wobei der Inhalt soll allen Empfängern gefalle.

Dem Leser die Aufgaben richtig schmackhaft mache, sich zu engagieren für die „ unbestritten“ wichtige Sache.

Bei Interesse sich auch gleich jeder melden sollte und die Arbeitsstunde mit bis zu 25 € man wird besolde.

Ich glaube ich träume, ich falle fast vom Hocker bin „nicht erst jetzt“ überzeugt in Wiesbaden sitzen ein paar Schrauben locker.

Die steigende Anzahl von Asylbewerbern – in Massen haben die Landesregierung tatsächlich einmal nachdenken lassen.

Sie haben mit großem Erstaunen festgestellt zur Erfassung und Verwaltung der Flüchtlinge aus aller Welt

fehlt an allen Ecken und Enden das notwendige Personal und zur Problemlösung haben sie halt keine andere Wahl.

Pensionäre sollen nun helfen dem Lande Hessen Hallo, Wiesbaden das könnt ihr mal glatt vergessen.

Vergessen hat wohl die die schwarz-grüne Landesgruppe, dass sie sich selbst gekocht die brodelnde Suppe.

Personal wurde über Jahre zielstrebig abgebaut mit zusätzlichen Aufgaben die Motivation gegen Null geschraubt

42 Stunden Woche und vieles mehr

Erhöhungen der Nachtzuschläge finden kein Gehör.

Demonstrierende Polizeibeamte wurden als Krawallmacher beschimpft neue Regierungsmitglieder werden umfassend geimpft

„Versprochene“ Nullrunde wird in Zement gemauert der Minister es aber scheinheilig bedauert,

dass Beamte leider sind nichts „Mehr“ Wert auch in der Personalpolitik läuft in Hessen einiges verkehrt.

Liebe – ehemalige- Kolleginnen und Kollegen, herzliche Grüße aus dem Ruhestand der „Ur-alte“ PR-Vorsitzende

Rudi Ott

CHALLENGE-LAUF 2015: GdP SPONSERT TRIKOTS



Ende Mai fand der alljährliche Rhön-Energie Challengelauf in Fulda statt, an dem verschiedene Behörde, Institutionen und Firmen teilnahmen.

Neben der Rekordzahl von knapp 7.000 Sportlerinnen und Sportlern insgesamt, ging auch das osthessische Polizeiteam mit der bisher höchsten Teilnehmerzahl an den Start. Insgesamt liefen oder walkten 33 Sportbegeisterte quer durch Fulda.

Der altbekannte 5,7 Kilometer lange Streckenverlauf führte bei strahlendem Sonnenschein vom Rosenbad durch das „Bermudadreieck“ über die Bahnhofstraße durch den Schlosspark und die Friedrichstraße, über die Fulda-Aue wieder zurück zum Rosenbad. Dort nahmen die „Finisher“ die obligatorischen Handtücher in Empfang und trafen sich anschließend zum Erfahrungsaustausch und gemütlichen Beisammensein.

Im Vorfeld des diesjährigen Challenge-Laufs stellte sich die Frage, in welchem einheitlichem Trikot gehen die Läuferinnen und Läufer des PP Osthessen an den Start. Die osthessische GdP wurde aktiv und kreierte ein Trikot, das für die unterschiedlichsten Veranstaltungen auch zukünftig genutzt werden kann. In diesem Zusammenhang danken wir Matthias Krönung von der DEG Fulda und Thomas Scheunert für ihr Engagement.



Matthias Krönung (links) übergibt das erste Trikot an Ulrich Weber (rechts) von der OPE BAB.

Der von der GdP gesponserte Trikot-Pool wird bei der Verwaltung des PP Osthessen (V2) verwaltet und kann dort, gegen eine geringe Reinigungsgebühr ausgeliehen kann.

gdp



DEMO AM 16. JUNI IN WIESBADEN

Am Dienstag, dem 16.06.2015 fuhr die Bezirksgruppe Südosthessen mit einem Reisebus nach Wiesbaden, um gegen die bekannten Einschränkungen der aktuellen Landesregierung zu demonstrieren. Neben den immer aktiven Senioren waren auch viele aktive Kolleginnen und Kollegen dabei, die eigens für die Demonstration frei genommen hatten.

Ca. 7.000 Teilnehmer waren geteilt in Lehrer/innen, Feuerwehrleute, Polizeibeamte/innen und viele andere, von der Regierung enttäuschte Menschen. Interessant war, daß es auch bei verbeamteten Lehrern zum Streik gekommen sein soll.

Die Demonstration begann mit einer Kundgebung an der Reisinger Anlage in Wiesbaden. Danach ging ein lautstarker Aufzug zum Dernschen Gelände, mit einer Abschlusskundgebung.

Unser Landesvorsitzender Andreas Grün nannte in kurzer und prägnanter Form die drastischen Einschritte und geringe Wertschätzung der aktuellen Landesregierung seinen Bediensteten gegenüber. Unter lautstarkem Jubel brachte er die Einstellung der aktuellen Landesregierung auf den Punkt: „GEIZ FRISST HIRN“. Auffällig war, dass man äußerlich merkte, wie gereizt, frustriert und enttäuscht die Demoteilnehmer/innen von der Landesregierung sind. Die anderen Bundesländer übernehmen das Tarifergebnis und viele andere Dinge. Was macht unser finanzstarkes Gebirgland Hessen? Es ist nicht bereit von den Koalitionsvereinbarungen zurückzutreten. Im Gegenteil



Auf dem Weg durch die Wiesbadener Innenstadt.



Gemeinsam sind wir stark.



Unsere Seniorengruppe war wie immer stark vertreten...



...ebenso wie unsere Damen.

es wird immer noch mehr und mehr gekürzt. Weiterhin sollte man auch wissen, dass die Beihilfeordnung der Landtagsabgeordneten von der Beihilfeordnung der Landesbediensteten abgekoppelt ist.

Wir sagen der aktuellen Landesregierung: „**UNS REICHT ES!**“ Wer bei der nächsten Landtagswahl das Kreuz für eine Partei macht, der sich über die Folgen für seine Zukunft bewusst sein!

Die Bezirksgruppe SOH bedankt sich ganz herzlich bei den Teilnehmern der Demo. Die gute Teilnahme ist Ausdruck einer starken Solidargemeinschaft.

BZG SOH/TP




Way of Life!

Suzuki Vertragshändler

Werkstatt Service

Teile & Zubehör

Autohaus Gläser OHG
Philipp-Reis-Str. 2
63486 Bruchköbel
Tel: 0 61 81 97 08 30

AUSFLUG IN DIE FRANKENMETROPOLE WÜRZBURG

Herrliches Wetter, ein typisches Rhöner Frühstück, eine Schifffahrt, eine Kellerführung mit Frankenwein und ein Abschlusssessen im Brauereibiergarten bildeten den Rahmen für den gelungenen Ausflug der Kreisgruppe Fulda.

Bis auf den letzten Platz gefüllt war der Bus. Nach dem üblichen Frühstück war die erste Anlaufstelle Veithöchst-



Rhöner Frühstück.



Führung mit Weinprobe im staatlichen Hofkeller unter der Würzburger Residenz.

heim. Von dort ging es mit dem Schiff auf dem Main weiter nach Würzburg. Ein absoluter Höhepunkt war danach die Kellerführung im „staatlichen Hofkeller“. Der dortige Reiseführer, eine rheinische Frohnatur mit eben diesem Dialekt, welcher sich deutlich vom frän-



Gruppenfoto vor der Residenz.



Blick von der alten Mainbrücke zur Feste Marienberg.

kischen unterscheidet, begeisterte die Zuhörer neben den zahlreichen Informationen zum historischen Weinkeller mit einer Unmenge an humorvollen Anekdoten. Dazu gab es einen leckeren gut gekühlten Frankenwein. Nach der Kellerführung konnte jeder auf eigene Faust die schöne Frankenmetropole erkunden. Zum späten Nachmittag trafen sich alle Mitreisenden wieder im Bier-



Abschluss im Würzburger Hofbräu.

garten des „Würzburger Hofbräukeller“ und stärkten sich mit fränkischen Gerichten und kühlen Getränken. Etwas verspätet, aber mit viel guter Laune, ging es dann im Bus zurück nach Fulda.

Unisono war das Fazit zum Ausflug: Ein herrlicher Tag in einer tollen Stadt! Wir sind gespannt, wohin der nächste Kreisgruppenausflug uns führt?

Thomas Scheunert

TERMINE OSTHESSISCHER KREISGRUPPEN

In diesem Herbst planen mehrere Kreisgruppen ihre wiederkehrenden Jahreshauptversammlungen. Dabei sollen u.a. die Kandidaten/-innen für die Personalratslisten (wahlen sind vom 09.-13.05.2016) beschlossen werden. Zu den Versammlungen werden wieder Gäste eingeladen, um aktuelle Themen aus allen Bereichen umfassend mit euch zu erörtern. Die Termine im Einzelnen sind:

- **Montag, 02. November 2015, Kreisgruppe PAST Bad Hersfeld,**
- **Mittwoch, 04. November 2015, Kreisgruppe Vogelsberg,**
- **Montag, 09. November 2015, Kreisgruppe Hersfeld-Rotenburg.**

Die Einladungen mit Uhrzeit und Veranstaltungsort werden rechtzeitig übersandt. Wer's früher wissen will, kann sich mit seinem Kreisgruppenvorsitzenden in Verbindung setzen. Also Termine vormerken. Ich freue mich auf die Erörterung gewerkschaftlicher Themen mit euch.

Ewald Gerke

CONNY JEHNERT FÜHRT KREISGRUPPE FULDA AN

In der letzten KG-Vorstandssitzung wurde der schon in der Jahreshauptversammlung im Jahre 2013 bei den Wahlen zum Kreisgruppenvorstand angekündigte Wechsel im Vorsitz vollzogen.

Thomas Scheunert freute sich, nach 18 Jahren das Zepter in jüngere Hände übergeben zu können und wünschte seiner Nachfolgerin Conny Jehnert alles Gute und viel Erfolg für dieses Ehrenamt. Er zeigte sich überzeugt, dass Conny die Interessen und Anliegen unsere Mitglieder weiterhin erfolgreich vertreten wird.

Bei der Amtsübergabe bedankte sich Thomas Scheunert bei allen (auch früheren) Vorstandsmitgliedern für die gute Zusammenarbeit mit den Worten: „Ohne euren Rückhalt hätte ich sicherlich keine 18 Jahre durchgehalten“.

In einer kleinen Abschiedszeremonie dankten der Bezirksgruppenvorsitzende Ewald Gerk und die neue kommissarische KG-Vorsitzende Conny Jehnert dem scheidenden Vorsitzenden für seine geleistete Arbeit. Die neue Vorsitzende freut sich auf ihre Gewerkschaftsfunktion und will stets ein offenes Ohr für unsere Mitglieder haben. Conny Jehnert, die eine 320 Mitglieder starke Kreisgruppe übernimmt, ist dienstlich bei PÖA tätig und unter der Telefon: 0661/105-1020 zu erreichen.

Wir wünschen Conny Jehnert, vorerst als kommissarische KG-Vorsitzende, nochmals ein glückliches Händchen. Sicherlich



Thomas Scheunert übergab die Amtsgeschäfte an Conny Jehnert (rechts), die gemeinsam mit Michaela Winkler (links) die Kreisgruppe führen wird.

wird ihre Gewerkschaftsarbeit in den nächsten Jahren nicht leichter – unter dem Damoklesschwert „Schuldenbremse“ stehen große Auseinandersetzungen und Abwehrkämpfe an. Deshalb ist jedes Mitglied – und nicht nur die Gewerkschaftsfunktionäre – gefordert, die gewerkschaftlichen Aktionen tatkräftig zu unterstützen.

Thomas Scheunert

ZUM TEXT AUF DER TITELSEITE DIESER AUSGABE

Der Text auf der Titelseite ist eine Abwandlung der ersten Zeilen des Gedichts von Heinrich Heine. „Denk ich an Deutschland in der Nacht...“

Die folgenden Verse von Heinrich Heine sind in die Geschichte der Literatur eingegangen. Nachfolgend haben wir das vollständige Gedicht abgedruckt.

*Denk ich an Deutschland in der Nacht,
Dann bin ich um den Schlaf gebracht,
Ich kann nicht mehr die Augen schließen,
Und meine heißen Tränen fließen.*

*Die Jahre kommen und vergehn!
Seit ich die Mutter nicht gesehn,
Zwölf Jahre sind schon hingegangen;
Es wächst mein Sehnen und Verlangen.*

*Mein Sehnen und Verlangen wächst.
Die alte Frau hat mich behext,
Ich denke immer an die alte,
Die alte Frau, die Gott erhalte!*

Die alte Frau hat mich so lieb,

*Und in den Briefen, die sie schrieb,
Seh ich, wie ihre Hand gezittert,
Wie tief das Mutterherz erschüttert.*

*Die Mutter liegt mir stets im Sinn.
Zwölf lange Jahre flossen hin,
Zwölf lange Jahre sind verflossen,
Seit ich sie nicht ans Herz geschlossen.*

*Deutschland hat ewigen Bestand,
Es ist ein kerngesundes Land,
Mit seinen Eichen, seinen Linden,
Werd ich es immer wiederfinden.*

*Nach Deutschland lechzt ich nicht so sehr,
Wenn nicht die Mutter dorten wär;
Das Vaterland wird nie verderben,
Jedoch die alte Frau kann sterben.*

*Seit ich das Land verlassen hab,
So viele sanken dort ins Grab,
Die ich geliebt – wenn ich sie zähle,
So will verbluten meine Seele.*

Und zählen muß ich – Mit der Zahl

*Schwillt immer höher meine Qual,
Mir ist, als wälzten sich die Leichen,
Auf meine Brust – Gottlob! sie weichen!*

*Gottlob! durch meine Fenster bricht
Französisch heitres Tageslicht;
Es kommt mein Weib, schön wie der Morgen,
Und lächelt fort die deutschen Sorgen.*



WOLKENKRATZERTOUR

KREISGRUPPE OFFENBACH ERKUNDET DIE FRANKFURTER SKYLINE



Dort wurden wir von unseren Tourguids in Empfang genommen und in zwei Gruppen aufgeteilt. Die beiden charmanten Damen hatten ein interessantes Programm zusammengestellt. Der Weg führte durch den Anlagenring in Richtung „Alte“ Oper. Es gab einige interessante Einblicke in, an und um die dortigen Hochhäuser. Hier konnte man den Quadratmeter Wohnraum schon ab 8500€ erwerben oder es gibt eine beheizte „Krone“, was den Vögelfamilien zugutekommt. Das Highlight war der Besuch des Maintower, genauer der Besucherplattform. Hier konnten wir, in einer Höhe von 200 Metern, den grandiosen Ausblick über Frankfurt genießen.

Zum gemütlichen Ausklang kamen alle noch mal beim Apfelwein Klaus zusammen. Hier gab es neben dem wohlverdienten Essen und Trinken noch eine Tombola.

Ein ganz besonderer Dank gilt den Organisatoren dieser Tour, Silvia, Ulrike, Gabi, Bernd und Michael

*Stefan Wagner
Kreisgruppe Offenbach*

Am 04.07.2015 fand die Wolkenkratztour der Kreisgruppe Offenbach statt. Von den angemeldeten 47 Personen konnten dann leider nur 40 teilnehmen.

Dieser Samstag war der wärmste Tag seit vielen Jahren (ja spinnen die denn die Offenbacher? Nein, die sind vielleicht ein bisschen verrückt aber auf jeden Fall liebenswert!) und wir trafen uns in Frankfurt am Eurozeichen vor der ehemaligen Europäischen Zentralbank (EZB) im Frankfurter Bankenviertel.



GdP, die richtige Wahl

TASK-FORCE FÜR FLÜCHTLINGE EINGERICHTET

JUSTIZ, POLIZEI, FEUERWEHR UND RETTUNGSKRÄFTE GERATEN AN IHRE PERSONELLEN GRENZEN!

„Die Landesregierung richtet im Innenministerium eine „Task Force“ für Flüchtlinge ein. Einer ihrer Hauptaufgaben: Die „schnellere Rückführung von Bewerbern, die in der Regel mangels Asylgrund vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nicht anerkannt werden“.

In der Flüchtlingspolitik hat die hessische Landesregierung eine „Task Force“ im Innenministerium eingerichtet. Die Experten aus Ministerien, dem zuständigen Regierungspräsidium und anderen Stellen sollen die Politik in diesem Bereich koordinieren. Dabei geht es nach Angaben der Regierung unter anderem um die „schnellere Rückführung von Bewerbern, die in der Regel mangels Asylgrund vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nicht anerkannt werden“. Gemeint sind damit Flüchtlinge aus dem Kosovo und Albanien, von denen nur wenige Asyl erhalten. Außerdem befasse sich die „Task Force“ unter Leitung des Innen-Staatssekretärs Werner Koch (CDU) mit der Frage, wie Liegenschaften zur Unterbringung von Flüchtlingen gefunden werden können. Auch um die ärztliche Versorgung der Asylbewerber gehe es, ließ das Sozialministerium wissen. Koch werde den Einsatz von Personal koordinieren!“

Mithin hat das Innenministerium gehandelt: per Erlass vom 10. August 2015 wurde verfügt, dass die in den letzten fünf Jahren pensionierten Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten angeschrieben werden sollen, was zwischenzeitlich auch geschehen ist, ob diese sich eine Beschäftigung im Landesdienst, mit Schwerpunkt Tätigkeit HEAE in Mittelhessen, vorstellen könnten. „Pensionierte Polizeivollzugsbeamte, die in den vergangenen Jahren in den Ruhestand versetzt wurden, werden durch Sie angeschrieben. Bei dieser Gruppe soll angefragt werden, ob sie sich vorstellen können, die Flüchtlingseinrichtungen bei Ihrer Arbeit zu unterstützen. Es würde ein Vertrag geschlossen und die Bezahlung wäre an die Arbeitszeit gebunden. Eine Fahrtschädigung gibt es voraussichtlich nicht. Die genaue Vertragsgestaltung erfolgt fallabhängig (Minijob, Arbeitsvertrag oder ähnliches), Stundensatz bis zu 25 Euro. Der Vertragsabschluss erfolgt durch die Bedarfsdienststelle, z.B. Regierungspräsidium Gießen.“



„Dicht gedrängt in der voll belegten Realität“ titelt der Wiesbadener Kurier in seiner Ausgabe auf Seite fünf im August. Nachdem wir nunmehr zum zweiten Mal die Gelegenheit wahrgenommen hatten, die Polizeidirektion Gießen und das durch Polizeivollzug unterstützte Regierungspräsidium Gießen, Dezernat 23, aufzusuchen, ist die „voll belegte Realität“ Gewissheit! Die zentrale Stelle in Gießen (HEAE) im dortigen Meisenbornweg als auch die ehemalige US-Kaserne in der Rödgener Straße sind bereits über den Kapazitätsgrenzen (Stand 17.08.15: 10.500 Menschen) angelangt.

In einem Erhebungszeitraum von drei Jahren sind die Kapazitätsgrenzen der Erstaufnahmeeinrichtung um das zwanzigfache angestiegen. Nicht auszudenken, so hört man im Kreise der Polizeibeamten, die dort die mobile Wache „rund um die Uhr“ besetzen, was geschieht, wenn der Winter kommt und alle Zelte dann voll belegt sind!

Gemeint sind damit die immer häufiger auftretenden körperlichen Auseinandersetzungen einzelner Ethnien, die zuletzt die Festnahme von 14 Flüchtlingen zur Folge hatten. Um eines klar an dieser Stelle zu sagen: die Bewältigung der weltweiten Flüchtlingsbewegung ist selbstverständlich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Hier müssen trotz Föderalismus der Bund und die Bundesländer eng verzahnt zusammenarbeiten, um einerseits der Problematik „Herr zu werden“ und um andererseits denjenigen, die auf Grund von Kriegen oder Vertreibung in und aus ihren Herkunftsländern in Deutschland Asyl suchen zu helfen. Nach einem rechtsstaatlichen Asylverfahren muss ein solches gewährt oder abgelehnt werden. Dafür und für die Bereitstellung der erforderlichen personellen und sachlichen Ressourcen kann und darf es nicht sein, dass die Schuldenbremse Taktgeber „der mittlerweile zum Zerreißen angespannten Personaldecke“ in der Landesverwaltung ist!

„Sie kommen aus Syrien, dem Irak, Afghanistan, Eritrea oder Somalia. Politisch verfolgt, vertrieben, dem Bürgerkrieg entflohen oder einfach auf der Suche nach einem besseren Leben: Die Zahl der Flüchtlinge ist nach Angaben der Vereinten Nationen weltweit erstmals nach dem 2. Weltkrieg auf über 60 Millionen gestiegen. Das UN-Flüchtlingshilfswerk unterscheidet dabei zwischen Flüchtlingen, Asylbewerbern und Binnenvertriebenen. Die meisten Flüchtlinge sind Binnenvertriebene. So suchen zum Beispiel von den mehr als neun Millionen

geflohenen Syrern mehr als zwei Drittel Schutz im eigenen Land, die übrigen meist in den Nachbarländern Jordanien, Libanon oder der Türkei. Ein Viertel der Flüchtlinge weltweit haben ihr Herkunftsland verlassen, auf der Suche nach einer neuen Bleibe. Nur ein kleiner Teil dieser Flüchtlinge kommt – meist illegal – überhaupt in Europa an. 2014 waren es 625.000 registrierte Asylbewerber in der EU. Doch hier stehen sie oft vor verschlossenen Türen. An den Außengrenzen spielen sich jeden Tag dramatische Szenen ab. Der Druck auf die EU wächst, die gemeinsame Strategie zu überdenken. Dafür gilt es, gesellschaftliche, finanzielle und politische Hürden zu überwinden. Jetzt will die EU-Kommission über eine Quotenregelung Flüchtlinge gerechter auf alle EU-Staaten verteilen“.



der Flächenpräsidien für die in deren Zuständigkeitsbereichen liegenden Einrichtungen gelingen.

Die Frage stellt sich allerdings auch hier: wie lange sollen die Kolleginnen und Kollegen abgeordnet werden und wer schließt die personellen Lücken, die

durch die Abordnungen entstehen? Letztlich und mit Blick auf den landesweiten Stellenabbau gerichtet, es soll an dieser Stelle klar gesagt werden, dass die hessischen Regierungspräsidien die Hauptlast der 1800 Stellen tragen, die bis 2019 abgebaut werden, führt dies dazu, dass die Ressortministerien freiwillige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Dienstverrichtung nach Gießen in das dortige RP unterstützend bereits entsendet haben.

Auch die Bereitschaftspolizei wurde bereits ersucht, eine Einsatzeinheit am Standort Wiesbaden (Mudra) bis zum 1. Februar 2016 nach Lich zu verlagern. Damit einhergehend und vor dem Hintergrund der bereits seit Jahren ausgedünnten Personalressource Bereitschaftspolizei, die immer wieder auf Grund von Programmen und für die Bewältigung neuer Kriminalitätsphänomene personell beschnitten wurde, ist die ursprünglich begründete Einsatzeinheit am Standort Wiesbaden, die auch durch das in Wiesbaden etablierte Headquarter der US – Armee unterstützen sollte, bereits Anfang 2016 Geschichte. Inwieweit sich genügend freiwillige Kolleginnen und Kollegen finden werden, die in der Einsatzeinheit dann die notwendigen Funktionsstellen besetzen sollen, bleibt indes auch abzuwarten.

Nachwuchsgewinnung

Die Fehlstellenproblematik mit allen Facetten ist das größte Problem, das die hessische Landesverwaltung und damit auch die Polizei hat. Personalvertretungen und die GdP haben seit Jahren auf die Folgen eines sorglosen Umgangs mit dem demografischen Wandel hingewiesen. Nunmehr hat es sich im Bereich der Nachwuchsgewinnung bestätigt: so hoch wie in diesem Jahr war die Anzahl derer, die das begonnene Studium nicht bestehen oder gar freiwillig abbrechen noch nie! Mit der Folge, dass eine hundertprozentige Personalzuweisung zu den Versetzungsterminen erstmals nicht gelungen ist.

Aber was haben die Kolleginnen und Kollegen im Streifenwagen, in den Ermittlungsgruppen, in den Kommissariaten und anderswo davon? Ein deutliches „Mehr“ an Vorgangsdichte und damit einhergehend an physischer und psychischer Belastung! Die zwischen den Diensten dringend notwendigen Erholungsphasen geraten angesichts des immer wieder benötigten Personals zur Farce. Die damit einhergehenden Entwicklungen liegen auf der Hand: nach einer stetigen Dauerbelastung folgen Krankheit und damit wieder ein Personalausfall, der kompensiert werden muss. Und dies kann dauerhaft nicht auf den Rücken derer erfolgen, die „den Karren“ noch ziehen!

Jens Mohrherr

Leider konstatieren wir in der Presse, dass Bund und die Länder nicht gerade hinter verschlossenen Türen um die Beste Lösung in dieser Angelegenheit ringen. Gegenseitige Schuldzuweisungen aus den Ländern am Bund und umgekehrt bringen nichts – kosten Kraft und schüren auch unterschwellig die Panikmache der „rechten Gesinnungsgenossen“ im Zusammenhang mit der stetig ansteigenden Zahl der Flüchtlinge!

Personalprobleme in der Landesverwaltung: Polizei, Justiz und Verwaltungen schlagen Alarm!

Wie bereits eingangs erwähnt hat die zuständige hessische Landesverwaltung auch bei der Bewältigung der Flüchtlingsproblematik ein Personalproblem! Der Einhaltung der Schuldenbremse verantwortlich, werden im Lauf dieser Legislaturperiode 1800 Stellen abgebaut. Gerade dieser immense Stellenabbau und die gleichzeitigen Herausforderungen bei der Bewältigung der Flüchtlingsproblematik passen nicht zusammen! Gleichzeitig konstatieren die Landesbeamtinnen und –beamten die Nicht –Übertragung des Tarifabschlusses als besondere Wertschätzung ihrer Arbeit! Motivation fällt schwer, ist sich diese Landesregierung der Priorität der Innenpolitik eigentlich bewusst?

Zuständig für die Abarbeitung der Asylverfahren sind die hessischen Verwaltungsgerichte. Davon gibt es fünf in Hessen. Nach uns vorliegenden Informationen gibt es gerade einmal zwanzig Richterinnen und Richter bei den Verwaltungsgerichten in Hessen. Ein Teil dieser Richter muss sich mit den Anträgen der abgelehnten Asylbewerber befassen, die den Rechtsweg zu Gericht suchen.

Gesicherten Informationen nach, sehen sich die Verwaltungsrichter einer Flut von Anträgen gegenüber, die sie ohne eine personelle Verstärkung nicht bewältigen können! Es rächt sich auch hier der unverantwortliche Personalabbau im Bereich der Justiz!

Mittlerweile sind auf der hessischen Landkarte immer mehr Aufnahmelager abgebildet. Damit soll die in Gießen überfüllte HEAE und ihre Außenstellen entlastet werden. Das wiederum führt die Polizeidienststellen in den Zuständigkeitsbereichen an ihre personellen Grenzen! „Mit der Folge, dass alle Beschäftigten aus dem Bereich der Wachpolizei mit Erlass vom 31.07.2015 ersucht wurden, personelle Unterstützung der Dienststellen im Rahmen der Betreuung der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen (HEAE) und deren Außenstellen zu leisten“. Dies sollte durch die eigenständige Vorplanung

Quellenangaben:

¹FR-online Rhein-Main

²Erlass LPP v. 10.08.2015

³Wiesbaener Kurier v. 18.08.2015, S. 5

⁴www.lpb-bw.de

⁵Erlass LPP 32 v. 31.07.2015

GdP-FAHRT ZUM STUTTGARTER WEIHNACHTSMARKT

Weihnachtsmarkt mit großer Tradition

Der Stuttgarter Weihnachtsmarkt gehört nicht nur zu den schönsten, sondern auch zu den ältesten Weihnachtsmärkten in ganz Europa. Im Jahr 1692 fand er erstmals urkundlich Erwähnung. Seine Wurzeln reichen jedoch weiter zurück.

Funkelnder Lichterschmuck, liebevoll weihnachtlich dekorierte Stände, der Duft von frisch gebrannten Mandeln, Glühwein oder Kinderpunsch, ein stimmungsvolles Musikprogramm: Mitten im Herzen der baden-württembergischen Landeshauptstadt öffnet der Stuttgarter Weihnachtsmarkt im Advent seine Tore. Die traditionsreiche und prächtige Budenstadt erstreckt sich vom Neuen Schloss und Königsbau über den Karls- und Schillerplatz mit dem Alten Schloss und der Stiftskirche bis zum Marktplatz.

Fester Bestandteil des Stuttgarter Weihnachtsmarktes ist seit vielen Jahren der malerische Antikmarkt auf dem Karlsplatz. Parallel zum Weihnachtsmarkt bieten Händler im Antikzelt zahlreiche Raritäten und Kuriositäten an: antiquarische Bücher, Uhren, Schmuck, Porzellan und vieles mehr.



Fotos: c Stuttgarter_Weihnachtsmarkt/Thomas_Niedermueller

Die GdP in Osthessen bietet in diesem Jahr am dritten Adventwochenende eine 2-Tages-Fahrt zum Stuttgarter Weihnachtsmarkt an.

**Der Termin ist vom
12./13. Dezember
2015.**

Der Reisepreis pro Person nur 60 Euro. Ehe- und Lebenspartner sind ebenfalls herzlich willkommen.

Im Preis sind u.a. folgende Leistungen enthalten:

- **Busfahrt nach Stuttgart,**
- **Hotelübernachtung mit Frühstück,**
- **Osthessenfrühstück während der Hinfahrt**
- **und vieles mehr**

Anmeldungen an:

GdP Osthessen, Michaela Winkler: Tel: 0661 105 1048

oder per Mail an: gdp-osthessen@online.

Hinweis: Die Teilnehmerplätze werden in der Reihenfolge des Eingangs der Anmeldungen vergeben.

EINLADUNG ZUR SENIORENTAGUNG IN OSTHESSEN

Die Bezirksgruppe setzt die Reihe der Senioren-Info-Veranstaltungen fort. Die diesjährige Veranstaltung findet am:

Montag, 02. November 2015, 13.00 Uhr

36088 Hünfeld, Im Haselgrund, Sportlerheim des Hünfelder SV

statt.

Die diesjährige Tagung steht unter dem Motto: **Die geplante Beihilfeänderung und ihre Auswirkungen auf die Beihilfeberechtigten und sonstige wichtige Themen.**

Für Essen und Trinken ist wie immer gesorgt.

Anmeldungen an:

Hermann Müller: Tel.: 0152 5612 7159

Michaela Winkler: Tel: 0661 105 1048

oder per Mail an: gdp-osthessen@online.



BESOLDUNGSDIKTAT

KUNDGEBUNG IM STADTHOF OFFENBACH

Zu einer Kundgebung im Rahmen des laufenden Besoldungskonflikts riefen mehrere Gewerkschaften ihre Beschäftigten in der Stadt Offenbach für den 16. Juli auf.

Zur sogenannten „aktiven Mittagspause“ trafen sich annähernd 200 gewerkschaftlich organisierte Bedienstete aus den Bereichen Finanzverwaltung, Justiz, Stadtverwaltung und natürlich der Polizei – vertreten durch die GdP Kreisgruppe Offenbach – vor dem Offenbacher Rathaus, um ihrem Unmut Luft zu verschaffen und gegen die Haltung der Landesregierung zu protestieren.

Es ist, selbst vor dem Hintergrund der beschlossenen Schuldenbremse, ganz und gar unverständlich, die hessischen Beamtinnen und Beamten von der allgemeinen Lohnentwicklung nach Guts-herrenart abkoppeln zu wollen!

In ihren von lautstarkem Applaus der Kundgebungsteilnehmer begleiteten Ansprachen verdeutlichten Katharina Blei, Manfred Nöth (ver.di-Vertrauensleutesprecher der Stadt Offenbach) und Heinz Seipel (DStG Offenbach) die erheblichen finanziellen Einbußen, die hessische Beamtenschaft in den vergangenen Jahren hinzunehmen hatten und stellten klar, dass weitere Einschnitte wie das beabsichtigte Besoldungsdiktat der kommenden Jahre nicht mehr hingenommen werden können. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern und dem Bund stehen die hessischen Beamten mittlerweile im unteren Bereich der Skala der Einkommensentwicklung.

Mit Blick auf die Uneinsichtigkeit der Verantwortlichen in der Hessischen Landesregierung schloss Heinz Seipel seine Ansprache folgerichtig mit dem Appell in Richtung Himmel: „Herr lass Einsicht, Vernunft und Hirn über Wiesbaden regnen, dass es trotz des dichten ‚Rettungsschirms‘ bis zu den verantwortlichen Politikern vordringt!“

Die Kundgebung weckte überdies das Interesse zahlreicher Medienvertreter, die die Gelegenheit auch dazu nutzten, sich von den Gewerkschaftern quasi aus Erster Hand über die berechtigten



Zahlreiche Mitglieder der Offenbacher GdP beteiligten sich an der Mittags-Demo des DGB.

Anliegen der Landesbediensteten und die Umstände des bevorstehenden Besoldungsdiktats sowie die gravierenden Einschnitte der letzten Jahre im hessischen Besoldungsrecht informieren zu lassen und zeigten großes Verständnis für das Anliegen der Demonstrierenden. Dementsprechend groß war dann auch das anschließende Presse-Echo nicht nur in den Print-Medien; vielmehr griffen auch einige Fernsehsender den Protest in ihren Sendungen auf.

Gespräch mit StM Tarek Al-Wazir (Bündnis 90/Die Grünen)

Im späteren Anschluss hatten die Personalratsvorsitzenden aus den oben genannten Bereichen Gelegenheit zu



Bernhard Hulder (rechts) schilderte dem stv. Ministerpräsidenten Al-Wazir (links) den Unmut der Polizeibeschäftigten.

einem Meinungsaustausch mit Staatsminister Tarek Al-Wazir (Bündnis 90/Die Grünen) im Offenbacher Rathaus. Die von Al-Wazir Eingeladenen –

unter ihnen der stv. PR-Vorsitzende des PP Südosthessen, Bernhard Huder verdeutlichten dem Minister in dem rund einstündigen Gespräch nochmals ihre Auffassung von gerechter Besoldung und (mangelnder) Wertschätzung, auch und insbesondere vor dem Hintergrund der Einschnitte der letzten Jahre.

Vor allem das inzwischen immer schlechter werdende Stimmungsbild in der hessischen Beamtenschaft gegenüber ihrer Landesregierung brachte Bernhard Huder dem Minister näher, wovon sich dieser freilich eher wenig beeindruckt zeigte. Vielmehr verwies dieser auf die Haushaltslage und den Zwang zum Sparen.

Auch machte Bernhard Huder dem Minister gegenüber sehr deutlich, dass die 42-Stunden-Woche gerade im Schichtdienst äußerst belastend ist. „Hier wird mit der Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen im Schichtdienst gespielt“, ließ den Minister immerhin einmal aufhören.

Text: Bernhard Huder, KG Offenbach
Fotos: Bernd Georg sowie Stadt Offenbach.

ALFRED HAU IST NEUER LEITER DER PST FULDA

Die Polizeistation Fulda hat einen neuen Chef: Im Rahmen einer Führungskräfte-Tagung beauftragte der Leiter der Abteilung Einsatz und stellvertretende Behördenleiter Ralf Flohr den EPHK Alfred Hau mit der Leitung von Hessens größter Polizeistation.

Der 55-Jährige war dort zuvor als Stellvertreter und für Einsatz- und Organisationsangelegenheiten zuständig. Alfred Hau tritt die Nachfolge von POR Wolfgang Bommer an, der nach vierjährigem Wirken in Fulda eine neue Aufgabe beim Polizeipräsidium Frankfurt am Main übernimmt.

„Die Polizeistation in Fulda mit einer großen Zahl an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und verschiedenen Arbeitszeitmodellen verlangt an ihrer Spitze eine besondere Persönlichkeit. Herrn Hau zeichnen ein hohes Maß an sozialer Kompetenz, Empathie, aber auch Verantwortungsbewusstsein und Durchsetzungsvermögen aus“, erklärte Ralf Flohr in der Runde der Führungskräfte. „Ich bin mir daher sicher, dass wir mit der Beauftragung von Alfred Hau eine gute Wahl getroffen haben“.

Alfred Hau freute sich über das Vertrauen, das ihm mit der Beauftragung ausgesprochen wurde. „Die Kolleginnen und Kollegen der Polizei in Fulda leisten hervorragende Arbeit. Sie haben es daher verdient, würdig vertreten zu werden. Ich werde die Polizeistation nach innen und nach außen gebührend repräsentieren“, versprach Hau.

Alfred Hau wurde 1960 in Fulda geboren. 1976 begann er seine Ausbildung bei der Bereitschaftspolizei in Hanau, und anschließend bei einer Polizeistation. Als Angehöriger der Polizeistation Gelnhausen absolvierte er das Studium für den gehobenen Polizeivollzugsdienst. Im Anschluss daran wurde Alfred Hau zum Polizeipräsidium nach Frankfurt am Main versetzt.



Polizeipräsident Hoff (links) und der Leiter der Abteilung Einsatz Ralf Flohr (rechts) beglückwünschen Alfred Hau (Bildmitte) zur neuen Aufgabe.

1994 gelang ihm die Versetzung zur Polizeidirektion Bad Hersfeld, wo er unterschiedliche Aufgaben bei der Schutz- und Kriminalpolizei wahrnahm. Unter anderem war er dort mehrere Jahre Leiter der operativen Einheit „AG Salz“. Im Jahr 2000 bewarb sich Alfred Hau erfolgreich auf eine Stelle im Stab des Polizeipräsidiums Osthessen. Von dort aus wechselte er zur Polizeistation in Fulda, wo er zunächst Leiter der Ermittlungsgruppe und später Stellvertreter war. Seit dem 1. August ist Hau nun Leiter der Polizeistation und damit Vorgesetzter von rund 180 Mitarbeiter/-innen.

Die osthessische GdP wünscht Alfred Hau für seine neue Aufgabe alles Gute. Mit dieser Aufgabe hat er eine große Verantwortung übernommen und trägt Sorge für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wer so viel Verantwortung trägt hat es verdient, dass er nicht nur in den höheren Dienst übergeleitet, sondern auch alsbald befördert wird.

PP OH/gdp

IMPRESSUM



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen

der Bezirksgruppen Südosthessen und Osthessen
der Gewerkschaft der Polizei und der
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

Für die Bereiche Gelnhausen, Hanau, Offenbach,
Fulda, Schlüchtern, Hersfeld-Rotenburg, Vogelsberg,
PAST Langenselbold, PAST Bad Hersfeld, PAST Petersberg

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Andreas Grün
(Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,
Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Andreas Jochum, Stephan Buschhaus

Redaktion/Redaktionsanschrift:

GdP BZG Südosthessen
V.i.S.d.P. Thorsten Pfeifferr
Autobahnmeisterei Nr. 10, 63505 Langenselbold
GdP BZG Osthessen
V.i.S.d.P. Ewald Gerke
Severingstr. 1-7, 36041 Fulda

Druck und Verarbeitung:

NK-Vertrieb GmbH, Abt. NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen
Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.

Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 0937-5333)

NEUER DIENSTSTELLENLEITER IN ROTENBURG

Ende Mai wurde PHK Peter Lang in sein Amt als Leiter der Polizeistation Rotenburg eingeführt.

Neben Kolleginnen und Kollegen von Schutz- und Kriminalpolizei, dem Personalrat begrüßte Ralf Flohr insbesondere die Bürgermeister aus dem Altkreis Rotenburg.

Zu Beginn erinnerte er an den Amtsvorgänger Joachim Stransky der mit viel Herzblut, Leidenschaft und großer Souveränität die Polizeistation geführt habe. Stransky war Ende 2014 nach schwerer Krankheit verstorben. Er dankte insbesondere auch Horst Mertelmeyer von der PSt Bad Hersfeld, der die Stationsleitung für über ein Jahr übernommen hatte. Mertelmeyer habe in der schwierigen Zeit die vielfältigen Aufgaben mit einem hohen Maß an fachlicher und sozialer Kompetenz bewältigt.

„Es freut mich, dass die Kolleginnen und Kollegen der Polizeistation Ro-



Karsten Bech (rechts) wünscht Peter Lang (links) alles Gute für die neue Aufgabe und überbringt ein Präsent der GdP.

tenburg mit PHK Peter Lang nunmehr wieder einen neuen Chef bekommen haben, die die Polizeiarbeit von der Pike auf gelernt hat und über eine große Verwendungsbreite verfüge“, so Flohr in seiner Ansprache. Ralf Flohr gratulierte Lang zu seiner neuen Aufgabe. „Vielleicht ist es eine der schönsten Aufgaben im gehö-

benen Dienst der Polizei eine Polizeistation zu leiten“. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrem dienstlichen Wirken für die Bürgerinnen und Bürger im Zuständigkeitsbereich der Rotenburger Polizeistation, „ sagte Ralf Flor abschließend.

Karsten Bech wünschte im Namen des Personalrats und der GdP Peter Lang stets eine glückliche Hand und eine gute Zusammenarbeit. „Harmonie ist auch in einer modernen Polizei in wichtiger Baustein für eine gut funktionierende Arbeit“, so Karsten Bech.

Zum Abschluss dankte Peter Lang für die freundlichen Worte. „Hier in Rotenburg habe ich ein gut bestelltes Haus übernommen. Er freue sich auf seine neue Aufgabe als Stationsleiter und versprach die gute Arbeit seiner Vorgänger mit allen Kräften fortführen zu wollen.

PP OH/gdp

JOCHEN SCHMIDT FEIERTE 40-JÄHRIGES JUBILÄUM

Am 1. Juli 2015 feierte PHK Jochen Schmidt sein vierzigjähriges Dienstjubiläum. Der osthessische Polizeipräsident Alfons Hoff überreichte dem Jubilar die Dankesurkunde des Landes Hessen.

Der 57-jährige Jochen Schmidt ist in Bebra geboren trat nach dem Realschulabschluss am 01. Juli 1975 zunächst in den Dienst des damaligen Bundesgrenzschutzes ein. Im Oktober 1991 wechselte er in den Polizeidienst des Landes Hessen und versah seinen Dienst im Polizeipräsidium in Frankfurt. Nach bestandener II. Fachprüfung kam Jochen Schmidt zunächst zur Polizeistation in Melsungen und schließlich schaffte er Mitte 2000 den Sprung in die waldhessische Heimat zur Polizeistation nach Rotenburg. Nach zehn Jahren als Dienstgruppenleiter in Rotenburg wechselte er zur Ermitt-



lungsgruppe nach Bad Hersfeld, seitdem ist er stellvertretender Leiter der Ermittlungsgruppe ist.

Polizeipräsident Hoff lobte Schmidt als Polizeibeamten mit großer Einsatzbereitschaft und hohem Pflichtbewusstsein und dankte ihm für seine Arbeit im Dienste des Landes Hessen.

Personalratsvorsitzender Karsten Bech überbrachte dem Jubilar die Glückwünsche der Kolleginnen und Kollegen und überreichte ihm ein Präsent der osthessischen GdP.

Manfred Knoch



ALEXANDRA STEHR-KRÖLL 25 JAHRE BEI DER POLIZEI



PSt-Leiter Peter Muth (linkes Foto), Personalratsvorsitzender Karsten Bech (Mitte) und BZG-Vorsitzender Ewald Gerke (Foto rechts) gratulieren Alexandra Stehr-Kröll zum Dienstjubiläum.

Anfang August feierte Alexandra Stehr-Kröll ihr 25-jähriges Dienstjubiläum.

Der Leiter der Polizeistation Lauterbach, EPHK Peter Muth, überreichte ihr die Urkunde und überbrachte die Glückwünsche der Behörde.

Am 1. August 1990 trat Alexandra Stehr-Kröll in den Dienst des Landes Hessen ein und erlernte den Beruf Stenographie Sekretärin. Ihr beruflicher Weg im öffentlichen Dienst führte sie von 1992 bis 1999 zur Verwaltungsabteilung der Polizeistation Alsfeld. Im Anschluss bis zum heutigen Tag kümmert sich die Verwaltungsangestellte um die Geschäftsabläufe bei der Polizeistation Lauterbach. Zwischenzeitlich war die vierfache Mutter von Juni 2008 bis Mai 2012 im Personalrat des Polizeipräsidium Osthessen freigestellt.

Auch heute noch ist sie Mitglied der Personalvertretung.

Personalratsvorsitzender Karsten Bech würdige in seiner Ansprache die Arbeit von Alexandra Stehr-Kröll und dankte ihr für ihr Engagement im Personalrat. Dort sei sie für alle Mitglieder wichtige Ansprechpartnerin, ganz besonders in tarifrechtlichen Angelegenheiten.

Der Vorsitzende der GdP-Bezirksgruppe Osthessen, Ewald Gerke, ließ es sich ebenfalls nicht nehmen Alexandra Stehr-Kröll im Namen der Gewerkschaft die besten Wünsche zu überbringen. Ewald Gerke schätzt das gute Zusammenwirken sowie die charmante Art von Alexandra, die seit 15 Jahren aktives Mitglied in der GdP ist. In ihrem privaten als auch im dienstlichen Weg lief bei ihr nicht immer alles fadengera- de, aber dennoch hat Alexandra nie den Spaß an ihrem Beruf und der Gewerk-

schaftsarbeit verloren. Die Vogelsberger Kolleginnen und Kollegen können sich glücklich schätzen, mit Alexandra Stehr-Kröll eine kompetente und engagierte Vertreterin zu haben. „Für die private und insbesondere für die gewerkschaftliche und personalrätliche Zukunft wünsche ich Dir alles Gute“, sagte Ewald Gerke abschließend.

Zur Feier waren auch etliche Arbeitskollegen/-innen gekommen, die ihrer sehr geschätzten und beliebten Kollegin die besten Wünsche überbrachten.

Abschließend bedankte sich Alexandra Stehr-Kröll für die vielen Glückwünsche zu ihrem 25-jährigen Dienstjubiläum. Die Zeit ist schnell vergangen und die Arbeit mit und für die Kolleginnen und Kollegen hat viel Freude gemacht.

ppoh/eg

EIN MONSTRUM DURCHQUERT OSTHESSEN

Anfang August wurde der Schwertransport mit drei Funkstreifenwagen des RVD Fulda und etwa vier Stunden Verspätung gegen 03.30 Uhr in Nieder Klein im Vogelsbergkreis in Empfang genommen. Die Begleitung verlief im Vogelsberg ohne größere Probleme, abgesehen von der Engstelle in Erbenhausen. Allerdings wurde dort durch die Transportfirma zentimetergenaue, professionelle Arbeit geleistet.

Problematisch wurde es ab 05.00 Uhr bei zunehmendem Verkehr, einen geeigneten Abschlepport, für diesen Tag



abgestimmt worden. Daher wurde der Transport noch bis zu dem Parkplatz der B 254 kurz vor Maar durchgezogen. Pünktlich um 22.00 Uhr startete der Schwertransport am Donnerstagabend

von seinem Abstellplatz. Die Durchfahrt durch Lauterbach in 20 Minuten verlief reibungslos inclusive der drei Kreisel. Danach ging es in zügiger Fahrt weiter bis Großelnüder.

Sehr zeitaufwendig war ein Rangiermanöver in Großelnüder, die eigentlich schwierigen Engstellen in Hauswurz und Flieden wurden relativ zügig passiert. Die Ankunft in Neu Hof, Höhe Ackerweg, erfolgte gegen 03.00 Uhr. Das Hineinrangieren und die Durchfahrt zu K+S dauerte noch eine weitere Stunde.

VERSTÄRKUNG FÜR'S PP OSTHESSEN



Foto oben: Horst Mertelmeyer (rechts) und Helgo Altenburg (links) begrüßen die Neuen bei der PD Hersfeld-Rotenburg. Foto rechts: PSt-Leiter Alfred Hau begrüßt seine beiden neuen Kolleginnen bei der PSt Fulda.

Zehn neue Polizeibeamtinnen und -beamte, drei Auszubildende und dreizehn Fachoberschul(FOS)-Praktikanten/-innen hieß das Polizeipräsidium Osthessen Anfang August herzlich willkommen.

Der Leiter der Abteilung Einsatz, Ralf Flohr begrüßte die Neuen an ihrem ersten Tag beim Polizeipräsidium Osthessen. Sie alle konnten bereits zumeist im Rhein-Main-Gebiet Berufserfahrung sammeln.



Ausbildungsleiter Sascha Fey (rechts) und Juristin Anne Neidert (links) begrüßen die neuen Azubis.

In seiner Begrüßungsansprache betonte der stellvertretende Behördenleiter die besondere Arbeitsatmosphäre in Osthessen. Unter dem Rubrum „Klein aber fein“ betonte er vor allem die besondere Wertschätzung, die die Arbeit der Polizei in den Landkreisen Fulda, Hersfeld-Rotenburg und dem Vogelsbergkreis erfährt.

Dem schloss sich der Personalratsvorsitzender Karsten Bech an, der den Neuzugängen versprach, für alle Anliegen stets ein offenes Ohr und eine offene Tür zu haben. Den Beamtinnen und Beamten wünschte er gemeinsam mit Ralf Flohr, dass sie immer gut auf sich aufpassen und nach jedem Dienst gesund nach Hause zurückkehren.

Stellvertretend für seine Kolleginnen und Kollegen brachte POK Wolfgang Deibenroth die Gefühle zum Ausdruck: „Mit einem weinenden Auge verlassen wir unsere bisherigen Dienststellen; mit einem lachenden Auge freuen wir uns darüber, nach unterschiedlich langer Wartezeit heimatnah Dienst machen zu dürfen.“ Deibenroth ist mit 57 Jahren der älteste Neuzugang dieser Versetzungsrunde. Er biegt, nach eigener Aussage, „auf die Zielgerade ein.“

Besonders freuten sich Ralf Flohr und Ausbildungsleiter Sascha Fey darüber, dass das Polizeipräsidium mit Louis Klein, Jana Borrmann und Annalena Franz auch in diesem Jahr wieder drei jungen Menschen aus Osthessen die Ausbildung zu Verwaltungsfachangestellten ermöglicht. Die Auszubildenden von heute seien die Leistungsträger von morgen, betonte Flohr

Erste Einblicke ins Berufsleben erhalten die insgesamt dreizehn FOS-Praktikanten/-innen. Innerhalb des jetzt bevorstehenden einjährigen Abschnitts ihrer Schulausbildung lernen sie bei verschiedenen Organisationseinheiten der Polizei unterschiedliche berufliche Tätigkeitsfelder kennen.

Die osthessische GdP wünscht den neuen Kolleginnen und Kollegen, den Auszubildenden und den FOS-Praktikanten für ihr Wirken und ihre berufliche Zukunft in Osthessen alles Gute.

PP OH/gdp

SCHWARZARBEIT

Wer einen Schwarzarbeiter beschäftigt, verstößt gegen das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz. Zwar kann ein Besteller, der aufgrund eines nichtigen Vertrags Zahlungen geleistet hat, von dem Unternehmer grundsätzlich die Rückzahlung verlangen. Dies gilt jedoch nicht, wenn der Besteller mit seiner Leistung gegen ein gesetzliches Verbot verstoßen hat. Auch für mangelhafte Arbeit kann der Auftraggeber nicht die Rückerstattung von bereits geleisteten Zahlungen verlangen.

Bundesgerichtshof, Urteil vom 11. Juni 2015 – VII ZR 216/14

SENIORENSEMINAR HESSEN IM MÄRZ 2016

Auch im Jahr 2016 führt der Landesseniorenvorstand der GdP Hessen wieder ein Seniorenseminar durch. Eingeladen dazu sind alle Rentner/innen und Pensionär/innen mit Partner/in. Es ist ein Eigenbeitrag von 20 Euro pro Teilnehmer zu leisten, der auch im Verhinderungsfall nicht zurück erstattet wird.

Vorgesehene Themen: Beihilfe, GdP im Internet, Steuern für Rentner, was ist eine Schwerbehinderung, wie muss sie beantragt werden, welche Auswirkungen hat es, Patientenverfügung, Betreuungsverfügung, Vorsorgevollmacht und aktuelle gewerkschaftliche Informationen für Senioren.

Seminartermin: 16.-17. März 2016, Beginn 10 Uhr, Ende am 17.03., etwa um 13 Uhr.

Ort: Gasthaus „Zur Krone“, Am Stadttor 2, 36142 Tann/Rhön, Telefon: 06682-213, Webseite: www.krone-tann.de

Anmeldungen: Ab Mitte September ist im Internet ein Anmeldeformular mit der Bankverbindung für die Geldüberweisung eingestellt. Dazu die Adresse: <http://www.gdp.de/gdp/gdphe.nsf/id/Senioren> oder einfach nur in Google gdp hessen senioren eingeben. Sollte kein Internetzugang vorhanden sein, kann man in der Geschäftsstelle bei Ruth Brunner, GdP Hessen, Wilhelmstr. 60a, 65183 Wiesbaden, schriftlich oder per Telefon 0611-99227-30 ein Anmeldeformular anfordern.

Anmeldeschluss: 01. Dezember 2015.

Berücksichtigung: Sollten mehr Anmeldungen eingehen, als Plätze vorhanden sind, werden zunächst

Kolleginnen und Kollegen berücksichtigt, die noch kein Seniorenseminar besucht haben. Danach erfolgt die Berücksichtigung nach Eingang der schriftlichen Anmeldung. Sollte jemand nicht zum Zuge kommen, wird dieser, wenn gewünscht, beim nächsten Seniorenseminar bevorzugt eingeteilt.

Hinweis: *Seniorenseminare finden jeweils im Frühjahr eines jeden Jahres statt. Seminare „Vorbereitung auf den Ruhestand“ für Kollegen/innen vor oder kurz nach dem Ruhestand werden in jedem Jahr im Spätherbst durchgeführt.*

Nähere Auskünfte: Harald Dobrindt, Desbergstraße 22, 35685 Dillenburg, Telefon: 02771-33821, E-Mail: hd.dobrindt@t-online.de oder bei den Seniorenvertretern der Bezirksgruppen.

Harald Dobrindt

11. DEUTSCHER SENIORENTAG IN FRANKFURT

DIE SENIOREN DER GdP-HESSEN WAREN AKTIV DABEI

Alle zwei Jahre findet der Deutsche Seniorentag statt. In diesem Jahr war für drei Tage das Messegelände in Frankfurt ausgewählt worden. Das Motto lautete „Gemeinsam in die Zukunft“. Die GdP war während der gesamten Zeit mit einem Informationsstand vertreten. Außerdem hatte unsere Gewerkschaft eine Podiumsdiskussion „Sicher leben im Alter“ organisiert. Insgesamt zählten die Veranstalter trotz brütender Hitze 15.000 Besucher.

Veranstalter war die BAGSO (Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen). Hier haben sich 115 Organisationen mit mehr als 13 Millionen Mitglieder zusammen geschlossen. Die BAGSO vertritt die Interessen der Senior/innen gegenüber Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Auch die Gewerkschaft der Polizei ist Mitglied. So weit gefächert wie die Mitgliedsorganisationen war auch das Programm.

An Ständen und in vielen Vorträgen konnte man sich über Gesundheitsvorsorge für alle Bereiche,



altersgerechtes Wohnen, Gestaltung einer altersgerechten Umwelt, Sport, Bewegung, Unterhaltung und vieles mehr informieren. Eröffnet wurde der Seniorentag von der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

Den GdP-Stand betreuten sechs Mitglieder des Bundesseniorenvorstandes. Hinzu kamen elf Kollegen aus Hessen (Foto oben). Somit war gewährleistet, dass während des gesamten Seniorentages immer drei Kollegen am Stand zur Verfügung standen. Kleine Werbeartikel, Notfallkärtchen und den Restbestand

der alten Vorsorgehefte hatte die Bundesgeschäftsstelle aus Berlin geliefert. Gespräche zu den unterschiedlichsten Fragen der Besucher konnten geführt werden.

Was macht eigentlich die Seniorengruppe der GdP? Wie verwendet man die Notfallkärtchen und was muss ich an Vorsorge treffen? Auch zu den verschiedensten Bereichen aus der Polizeiarbeit wurde man am Stand angesprochen. Die Besucher reichten von Johann Wolfgang von Goethe (einem Bediensteten der Stadt Frankfurt in historischer Uniform) bis



Franz Müntefering.

Die Podiumsdiskussion der GdP (Foto oben) zum Thema „Sicher leben im

Alter“ moderierte Wolfgang Degen, Redakteur beim Wiesbadener Kurier. Für die GdP war Jörg Radek, stellv.

Bundesvorsitzender und für den Bereich Senioren zuständig, dabei. Rede und Antwort stand auch Ute Glasemann, Vorsitzende Handeln statt Mißhandeln – Frankfurter Initiative gegen Gewalt im Alter. Ihr Thema wurde von den Besuchern weniger nachgefragt. Den größten Teil der Veranstaltung gestaltete mit großer Sachkenntnis PHK'in Stefanie Corporan Romero. Die Kollegin ist beim PP Frankfurt im Bereich Opferschutz/Prävention tätig.

Harald Dobrindt

50 JAHRE IN DER GEWERKSCHAFT

Anlässlich des Seniorentreffens der Gewerkschaft der Polizei gratulierte der Landesseniorenschriftführer der GdP, Rolf Degenhard, dem langjährigen Mitglied, Norbert Dünker (Foto zweiter v.l.), zum 50-jährigen Gewerkschaftsjubiläum.

Hierbei wurde auch das Aktivprogramm für Senioren und das Herbstseminar im November vorgestellt. Gerade für die Senioren ist die gewerkschaftliche Kontaktpflege zur Erhaltung der Gesundheit sehr wichtig. Mit den Grüßen aus Wiesbaden erhielt der Jubilar nicht nur Urkunde und goldenes Abzeichen sondern auch ein Präsent.

GdP OF/Degenhard



ALTERSARMUT IN DEUTSCHLAND

Rentenumfrage: Beschäftigte fürchten um Alterssicherung

Fast 40 Prozent der ArbeitnehmerInnen rechnen nicht damit, dass ihre gesetzliche Rente zum Leben reicht. Das geht aus einer Umfrage des DGB-Index Gute Arbeit hervor. Selbst ein Drittel der Beschäftigten mit einem Einkommen zwischen 2000 bis 3000 Euro glaubt inzwischen nicht mehr an ein gutes Auskommen im Alter. Gut von ihrer Rente leben können werden nach ihrer Einschätzung hingegen nur 17 Prozent, sehr gut gerade mal zwei Prozent der Beschäftigten.

1. Beschäftigtengruppen

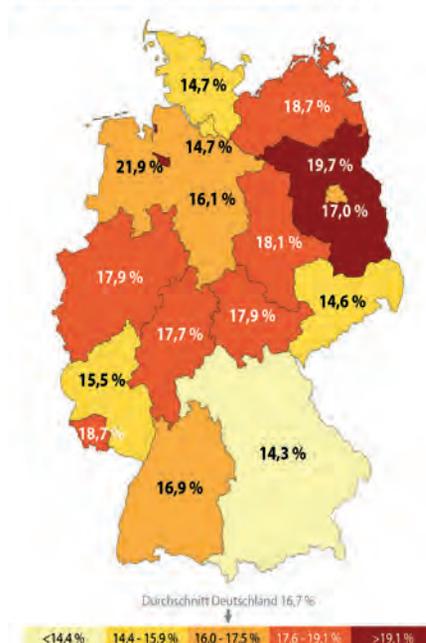
38 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland gehen davon aus, dass sie von ihrer gesetzlichen Rente später nicht leben können werden. 43 Prozent rechnen damit, dass die Rente nur gerade langens wird. Die Spitzenwerte: In der Gruppe der 25- bis 35-Jährigen geht sogar eine Mehrheit von 51 Prozent der Beschäftigten davon aus, dass ihre Rente zum Leben

nicht reichen wird, unter den 36- bis 45-Jährigen ist es mit 44 Prozent nahezu jede/r Zweite. Deutlich über dem Durchschnitt liegt der Anteil auch unter den Teilzeit Arbeitenden mit 56 Prozent, unter den befristet Beschäftigten mit 47 Prozent und unter Beschäftigten, in deren Betrieb kein Betriebs- oder Personalrat wirkt, mit 48 Prozent.

2. Branchen

Der Handel weist mit 50 Prozent den höchsten Anteil Beschäftigter auf, die davon ausgehen, dass sie von ihrer Rente nicht leben können werden, danach rangieren mit 48 Prozent das Gastgewerbe und mit 47 Prozent das Gesundheits- und Sozialwesen. Auffällig ist aber auch, dass die entsprechenden Anteile in keiner Branche gering ausfallen. Abgesehen von der öffentlichen Verwaltung – aber auch dort beträgt der Anteil mit 18 Prozent nahezu ein Fünftel – liegt der Anteil derjenigen, die mit einer Rente unterhalb ihrer Le-

Altersarmut in Deutschland 2015



Quelle: Altersarmuts-Atlas der Stuttgarter Lebensversicherung a.G., 2015. www.gegenaltersarmut.stuttgarter.de
 Der Altersarmuts-Index der Stuttgarter Lebensversicherung a.G. zeigt an, wie hoch der Anteil der von Altersarmut betroffenen Rentner (Personen im Alter ab 65 Jahren) je Bundesland ist. Der Index wurde auf Basis folgender Datenquellen errechnet: Armutsgefährdungsquote (Statistisches Bundesamt, 2014); Grundversicherungsquote (Statistisches Bundesamt, 2015); Anteil von Personen, die ihre finanzielle Situation insgesamt negativ bewerten, sowie Anteil von Personen, die sich aufgrund ihrer finanziellen Situation einschränken müssen (repräsentative Befragung durch YouGov im Auftrag der Stuttgarter Lebensversicherung a.G. im Juni und Juli 2015, Grundgesamtheit: Rentner ab 65 Jahren, Basis: 1.120 Personen).

benshaltungskosten rechnen, in keinem Wirtschaftszweig bei weniger als 28 Prozent.

3. Berufsgruppen

Den höchsten Anteil Beschäftigter, deren Rente zum Leben später nicht reichen wird, gibt es mit 66 Prozent bei den Reinigungs- und Entsorgungs- und mit 58 Prozent bei den Einzelhandels-Berufen. Von der anderen Seite her betrachtet: Nur in einer der 22 Berufsgruppen rechnet mehr als ein Drittel der Beschäftigten damit, dass sie von ihrer Rente gut oder sehr gut leben können werden. In fünf der Berufsgruppen liegt dieser Anteil bei 10 Prozent und weniger.

4. Ausbildungsabschluss

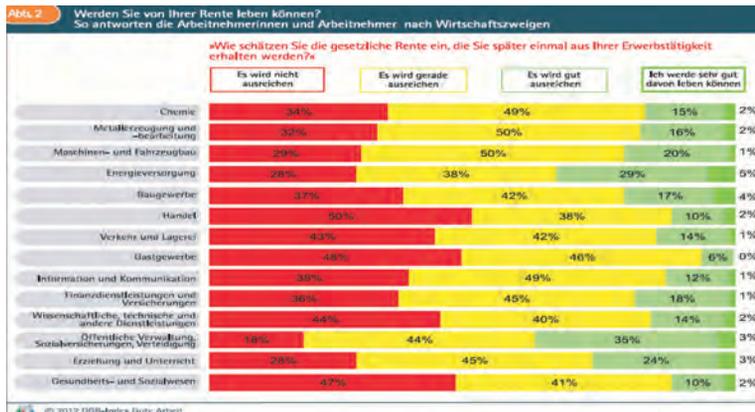
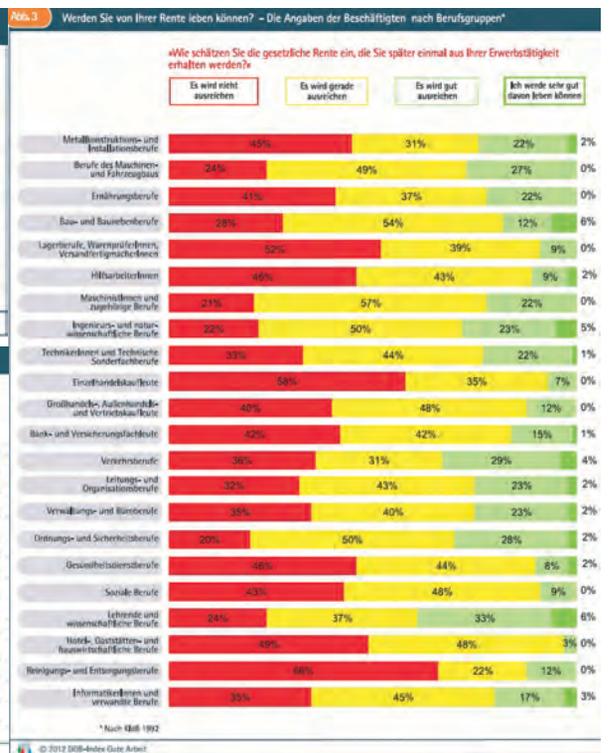
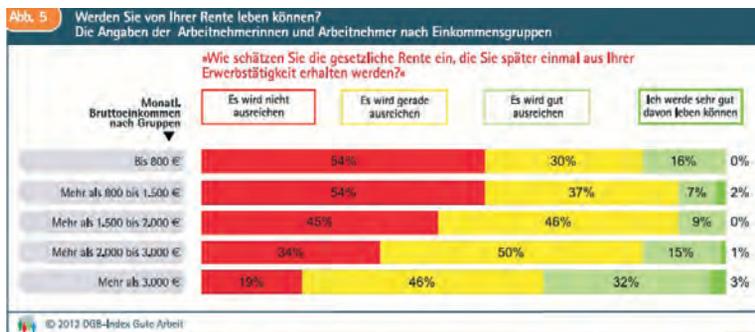
Niedrigrenten sind eine Zukunft, die Beschäftigten aller Ausbildungsgrade bevorsteht – betroffen sind keineswegs nur Geringqualifizierte. So werden etwa auch 28 Prozent der HochschulabgängerInnen, so wie sie die Lage einschätzen, von ihrer Rente später nicht leben können. Unter den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit einer Meister-, Techniker- und/oder Fachschulausbildung sind es 35 Prozent, unter Beschäftigten, die eine Lehre oder Berufsfachschule absolviert haben, 41 Prozent und damit kaum weniger als unter jenen, die gar keinen berufsqualifizierenden

Abschluss (42 Prozent).

5. Einkommen

Unter den Beschäftigten mit einem derzeitigen Monatseinkommen von Brutto 1.500 Euro geht eine Mehrheit von 54 Prozent davon aus, dass ihre Rente später zum Leben nicht reichen wird. Aber auch unter den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die mehr verdienen, rechnen beträchtliche Teile damit, dass sie mit ihrer Rente später kein Auskommen finden werden. In der Gruppe mit derzeit 2.001–3.000 Euro etwa beträgt dieser Anteil immer noch ein Drittel, in der Gruppe mit mehr als 3.000 Euro ein Fünftel haben.

dgb



Das „GdP-Haus“



Exklusiv für GdP-Mitglieder!
GdP-Rabatt 15 %

Haus „Wildgans Nr. 41“
für 4 + 2 Personen



Das Ferienhaus der PSG Hessen im
www.ferienpark-mirow.de

Anfragen und Buchung bei:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Info-Line: 06 11 / 9 92 27 30 • Info-Fax: 06 11 / 9 92 27 27
Internet: www.gdp.de/hessen • eMail: gdpHessen@t-online.de

DIE POLIZEI-CHEF-AFFÄRE IM JAHRE 2009

... UND DER HEUTIGE POLITISCHE UMGANG MIT „ALTLASTEN“

Erinnern wir uns einmal gemeinsam zurück in das Jahr 2009. Im Sommer ernannte der damalige Innenminister Bouffier den Bewerber Hans L. zum neuen Präsidenten der HBP. Der unterlegene Bewerber Wolfram R. zog die Rechtmäßigkeit der Auswahl in Zweifel und zog vor Gericht, mit Erfolg. Auch ein Untersuchungsausschuss und Rechtsgutachter beschäftigten sich mit der sog. Polizeichefaffäre. An der Ernennung des gewünschten Kandidaten L. änderte dies alles jedoch nichts.

Im Juli 2015 einigte sich das Land Hessen vor dem Landgericht Wiesbaden auf einen Vergleich mit dem unterlegenen R., in dessen Taschen nun 50.000 Euro aus dem Steuersäckel fließen.

Die Besetzung von freien Stellen in der Landesverwaltung obliegt bekanntermaßen bestimmter rechtlicher Regularien. Wir alle kennen dies aus dem polizeilichen Alltag mit einem immensen Verwaltungsaufwand.

Wir kennen aber auch allzu gut die Situationen, in denen unterlegene Bewerber im Auswahlverfahren nicht zum Zuge kommen, aus welchen Gründen auch immer.

Dann ist in unserem Rechtsstaat dem Instanzenweg zu Gericht die Türe geöffnet, und das ist auch richtig so. Die Prüfung, ob ein durchgeführtes Auswahlverfahren den rechtlichen

„Es ist zum Schaden des Landes Hessen gehandelt worden, ein Rücktritt von Bouffier ist unausweichlich“
Jürgen Frömmrich 2013

Rahmenbedingungen entspricht oder Mängel aufzeigt, kann und darf nur ein Gericht durchführen.

Tut es dies, wird der Behörde vorgegeben, bis zu einer Entscheidung im Eil- oder Hauptsacheverfahren keine beamtenrechtlichen Entscheidungen zu treffen und die Stelle somit nicht zu besetzen. Der Ausgang des Verfahrens ist abzuwarten.

Erkennt das Gericht Mängel im Auswahlverfahren, wird die Behörde aufgefordert, dies zu beenden und unter Heilung der Mängel ein neues Verfahren zu starten.

Bis hierhin eigentlich klare und rechtsstaatliche Verfahrensweisen, gäbe es da aber nicht Ausnahmen.

Auch im Fall der Polizeichefaffäre hat sich ein unterlegener Bewerber nach dessen Nichtberücksichtigung an ein Gericht gewandt.

Dies hat sehr schnell Mängel an dem Auswahlverfahren erkannt und ein neues, zweites Verfahren verfügt.

So weit, so gut, wäre da nicht die Entscheidung des damaligen Innenministers und heutigen Ministerpräsidenten Bouffier gewesen, seinen Kandidaten rechtsverbindlich zu ernennen, in Ignoranz der gerichtlichen Vorgabe eines neuen Verfahrens.

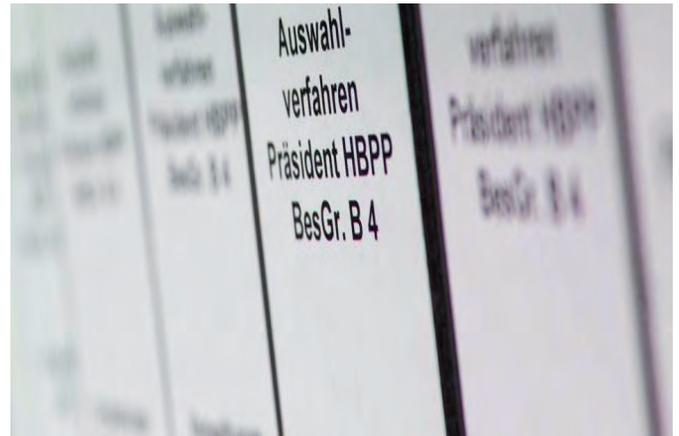
Dass diese Verhaltensweise politische Reaktionen auslöste, wird uns alle noch in Erinnerung sein.

Verhalten nach Gutsherrenart mit der Hinwegsetzung über die gerichtliche Entscheidung wurde dem Innenminister vorgeworfen.

Vetternwirtschaft war ein weiterer Vorwurf, war der neu eingesetzte Präsident doch ein Parteifreund Bouffiers aus dessen gemeinsamer Heimatstadt Gießen.

„Der Ministerpräsident hat wissentlich gegen Recht und Verfassung verstoßen“
Hermann Schauss 2013

In der Aufklärung der Affäre im Untersuchungsausschuss des hessischen Landtages musste dann der Innenminister Bouffier und sein Staatssekretär Boris Rhein einräumen, dass die Vorgänge im Auswahlverfahren, das nach deren Auffassung ordnungsgemäß durchgeführt wurde, so gut wie gar nicht dokumentiert wurden.



Ein beauftragter neutraler Gutachter stellte zudem dann noch fest, dass grundlegende Verfahrensfehler bei der Auswahl begangen wurden.

Für den angehenden Ministerpräsidenten eine sehr unschöne Begleitmusik, arbeitete er doch gerade an seinem „neuen Image“ als der gute hessische Landesvater.

Im Juli 2009 wurde die Ernennungsurkunde an den gewünschten Kandidaten ausgehändigt.

3 Monate später machte der unterlegene Bewerber R. Schadensersatzansprüche geltend, die er 2011 dann einklagte.

2013, der Untersuchungsausschuss veröffentlichte sein Untersuchungsergebnis, gab es die erwarteten politischen Reaktionen der Oppositionsparteien von SPD, Bündnis90/Die Grünen und Die Linke.

Die beiden Beamten waren inzwischen im Ruhestand.

Nancy Faeser (SPD):
Ministerpräsident Volker Bouffier muss zurücktreten aufgrund der erwiesenen schweren Fehler.

Jürgen Frömmrich (B90/Grüne):
Es ist zum Schaden des Landes Hessen gehandelt worden, ein Rücktritt ist unausweichlich.

Hermann Schauss (Die Linke):
Der Ministerpräsident hat wissentlich gegen Recht und Verfassung verstoßen.

Die FDP betitelte die Rücktrittsfordernungen als „scheinheilig“.

Im Juli 2015 dann die Annahme des Vergleichsvorschlags des Landgerichts Wiesbaden.

Aufgrund der fehlerhaften Nichtberücksichtigung steht dem Kläger ein Schadensersatzanspruch zu.

50.000 Euro wurden vom Gericht vorgeschlagen. Das Land verlangte im Gegenzug Stillschweigen über den Ver-

„50.000 Euro Schadensersatz und Stillschweigen über den Vergleich“

gleich vom Kläger.

Beide Seiten waren einverstanden und unterzeichneten den Vergleich.

Und so muss nun der Steuerzahler dafür herhalten, um das, was im Ergebnis aller Untersuchungen als rechtswidrig festgestellt wurde, zu heilen.

Ist dies der Abschluss einer über 6 Jahre andauernden politischen Auseinandersetzung?

Möchten die politisch Verantwortlichen dieses „Wahlkampfthema“ endgültig verbannen?

Welche Konsequenzen zieht man eigentlich?

Eines, liebe Leserinnen und Leser steht unstrittig fest. Eine solche Vorgehensweise hätte es in einem Polizeipräsidium oder Polizeieinrichtung nicht gegeben.

Hier sorgen schließlich die Verwaltungen, aber insbesondere auch die Personalvertretungen für ein rechtsstaatliches Verfahren, vom Auswahlverfahren bis zur Auswahlentscheidung. Gerichtli-

che Entscheidungen zu missachten, dies hätte und würde es nicht geben.

Stellt sich die Frage, wie denn die Politik mit der Zahlung der 50.000 Euro Steuergeld umgeht.

Ich brauche nicht zu schildern, was ich persönlich, vermutlich auch die Mehrheit der Polizeibeschäftigten und die Bürgerinnen und Bürger darüber denken.

Blicken wir aber einmal auf die Äußerungen von den Verantwortlichen in den Parteien.

Ich überlasse die Bewertung dazu dem geneigten Leser, möchte aber bewusst in Erinnerung rufen, welche Rollen die Protagonisten in den Jahren 2009, 2013 und heute inne haben.

Günter Rudolph (SPD):

„Der Bürger müsse das rechtswidrige Verhalten des früheren Innenministers und heutigen Ministerpräsidenten Vol-

„Mit dem Vergleich findet diese „Altlast“ aber nun einen Abschluss“

Jürgen Frömmrich (B90/Grüne) 2015

ker Bouffier (CDU) nun teuer bezahlen“.

Jürgen Frömmrich (B90/Grüne):

„Die Postenbesetzung sei kein Ruhmesblatt der damaligen schwarz-gelben Regierung gewesen. Mit dem Vergleich finde diese „Altlast“ aber nun einen Abschluss“.

Holger Bellino (CDU):

„Der Vergleich stelle in keiner Weise ein Schuldeingeständnis dar. Der Polizeichefposten sei mit Langecker seinerzeit

„Der Vergleich stellt in keiner Weise ein Schuldeingeständnis dar.“

Holger Bellino (CDU) 2015

mit dem besten Bewerber besetzt worden.

Die Zahlung der 50.000 Euro an Ritter vermeide weitere teure Gerichtsverfahren und sei somit eine „Entscheidung wirtschaftlicher Vernunft“.

Wolfgang Greilich (FDP):

Unverständnis für die freiwillige Schadensersatzzahlung. Schließlich sei Ritter ja gar kein Schaden entstanden. Mit dem Vergleich wolle die Regierung das Thema aus zukünftigen Wahlkämpfen

„Die CDU sollte die 50.000 Euro aus ihrer Wahlkampfkasse bezahlen“

Wolfgang Greilich (FDP) 2015

heraushalten. Greilich schlug deshalb vor, dass die CDU die 50.000 Euro aus ihrer Wahlkampfkasse ersetzen solle.

Hermann Schauss (Die Linke):

„Bouffiers Rechtsverstöße und Vetternwirtschaft schadeten dem Steuerzahler und der politischen Kultur des Landes“. Den Grünen warf Schaus vor, „mit einem dramatischen Rollentausch nun

„Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern“

Konrad Adenauer 1961

selbst bei der Arroganz der Macht angekommen zu sein“.

Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

Peter Wittig

JUNGE GRUPPE: „MITTENDRIN STATT NUR DABEI“



GdP-Stand v.l.: Dagmar Hölzl, Kurt Beck, Elke Gündner-Ede, Christoph Möhring

Die Frauengruppe und JUNGE GRUPE BUND der GdP stellten sich im

Juni zusammen mit den anderen DGB-Gewerkschaften auf dem Markt der Möglichkeiten im Zentrum des viertägigen Kirchentages den Fragen und Diskussionen der über 250.000 Besuchern.

Die JUNGE GRUPPE präsentierte die Kampagne „AUCH MENSCH“ tausenden Besuchern, unter diesen auch Bundes- und Landespolitiker. Bei Schwerpunktthemen wie „Häusliche Gewalt“ oder „Gewalt gegenüber Polizeibeamten“ erwies sich das GdP-Kirchentags-

team, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Frauengruppe BUND und der JUNGEN GRUPPE BUND als gefragter und kompetenter Ansprechpartner. Auch Fragen zur Präsenz und Erscheinungsbild der Polizei auf dem Kirchentag oder die Frage „warum die Beamten auch auf dem Kirchentag bewaffnet sein müssen“, wurden intensiv diskutiert. Ebenso ging es um Fragen wie: „Würden Ausschreitungen verhindert werden, wenn die Polizei nicht so „martialisch“ auftreten würde?“



G7-EINSATZ IN ELMAU / EIN KOLLEGE IM INTERVIEW

Unter dem Motto „An morgen denken. Gemeinsam Handeln.“ fand der 41. G7-Gipfel in Elmau (Bayern) statt. Es war das sechste Treffen der führenden Industrienationen, bei denen Russland auf Grund der Unstimmigkeiten im Ukraine-Konflikt fehlte, der auf deutschem Boden stattfand. Nach Schätzungen des Bundes der Steuerzahler Bayern beliefen sich die Gesamtkosten des Gipfels auf 360 Millionen Euro.

Die hohe Polizeipräsenz produzierte etwa 40.000 Überstunden. Themen waren unter anderem der Klimawandel und die Gesundheitssysteme auf dem afrikanischen Kontinent.

Unter den tausenden eingesetzter Kräfte aus dem ganzen Bundesgebiet waren natürlich auch hessische Einheiten beteiligt. Wir haben mit einem von Ihnen gesprochen. Mathias Schaak ist Einsatzbeamter der BFE 18 und berichtet uns über seine Erfahrungen und Eindrücke.

Polizeireport:

Mathias, welche Erwartungen hattest Du grundsätzlich an die Großlage Elmau, gerade im Hinblick auf die Geschehnisse vom 18.03.2015 in Frankfurt? Die extreme Gewalt im Rahmen der Blockupy-Proteste ist ja noch allgegenwärtig. Jeder hat noch die Bilder der randalierenden Horden und der brennenden Streifenwagen im Kopf.

Mathias Schaak:

Wir waren bei der Eröffnung der Europäischen Zentralbank natürlich eingesetzt und als BFE auch mitten im Geschehen. Am Morgen des 18. März waren wir direkt an einigen der Störer dran, der Umfang der Gewalt war in diesem Ausmaß für einige von uns neu. So etwas vergisst man natürlich nicht so schnell.

Im Hinblick auf den anstehenden G7 Gipfel in Elmau galt die EZB-Eröffnung immer wieder als Indikator für mögliche gewalttätige Proteste während des Gipfels. Auf Grund dessen wurde viel über die anstehende Großlage gesprochen

und dementsprechend liefen auch die Vorbereitungen für Elmau.

Es wurde aus polizeilicher Sicht mit einem hohen und vor allem gewaltbereiten Störeraufkommen gerechnet.

Polizeireport:

Welche Planungen und Vorbereitungen wurden durch euch angestellt, bzw. wo würdest Du sagen, lag der Unterschied zu normalen Lagen, die ihr sonst „betreut“?

Mathias Schaak:

Allein logistisch war der Einsatz beim G7-Gipfel eine ganz andere Hausnummer. Der Einsatz war deutlich länger als die üblichen Einsatzlagen die wir betreuen. Wir waren 13 Tage von zu Hause weg. Da muss neben den privaten Dingen, die man natürlich für eine solche Reise braucht, auch dienstlich ganz anders geplant werden.

So fand im Vorfeld ein ausgiebiger „Technik Check“ unserer Gerätschaften statt. Durch die Technikgruppe der BFE wurde, für mögliche Schadensfälle, im Bereich Körperschutz, Funk und Waffen ausreichend Ersatz eingeplant und in einem Zusatzfahrzeug mitgeführt. Eine Ersatzbeschaffung vor Ort wäre mitunter schwierig geworden.

Da es Ende Mai und Anfang Juni zu hohen Temperaturen kommen kann wurden Kühlboxen besorgt, um die Einsatzverpflegung kalt zu halten.

„Die bayerischen Kollegen haben einen sehr guten Rahmen geschaffen“

Je näher es Richtung Einsatzbeginn ging, desto öfter gab es Lagefortschreibungen seitens des Planungsstabs der bayrischen Polizei. Gerade nach Blockupy wurde nochmals das Konzept vor Ort überdacht und der Kräfteansatz analysiert. Eine Woche vor Einsatzbeginn wurden die Hundertschaftsführer zu einem Ortstermin, bei dem eine Ersteinweisung in die Lage stattgefunden hat, eingeladen.

Zur Person:

Mathias Schaak ist 27 Jahre alt, stammt aus dem Rheingau und lebt derzeit in Mainz.

Seit dem 01.01.2015 ist er Angehöriger der hessischen Polizei. Seine dienstliche Heimat ist derzeit das Hessische Bereitschaftspolizeipräsidium, hier ist er Einsatzbeamter der BFE 18 in der I. HBPA.

Polizeireport:

Wie sahen die Bedingungen denn in Elmau aus? Wie waren zum Beispiel eure Einsatzzeiten? Leidiges Thema ist ja bei solchen Einsätzen immer wieder die Stundenvergütung und die Frage, ob Freizeit oder nicht?

Mathias Schaak:

Die grundsätzlichen Bedingungen in Elmau waren sehr gut, das kann man anders nicht sagen. Die bayrischen Kollegen haben im Bereich der Vorbereitung, Planung und Unterbringung einen sehr guten Rahmen geschaffen der es „erträglich“ machte, fast zwei Wochen von zu Hause getrennt zu sein. Unsere Einsatzzeiten waren soweit im Rahmen.

Wir sind Donnerstag den 28.05.2015 angereist. Der Freitag diente vor allem den Führungskräften, um sich ein Bild von dem Einsatzgebiet zu machen. Von Samstag bis Montag, bzw. Dienstagmorgen folgten drei Nachtdienste von jeweils acht Stunden. Hier waren wir als Eingreifkräfte im Sicherheitsbereich II um das Schloss Elmau eingesetzt. Dabei sollte verhindert werden das Störer in den Sicherheitsbereich eindringen. Der Nachtdienst umfasste eine Präsenzzeit von 24:00 Uhr bis 08:00 Uhr. Am Mittwoch folgte ein Tagdienst im Sicherheitsbereich, bevor wir dann donnerstags aus der BAO Werdenfels (Name der dortigen Ferienregion, Anm. d. Red.) in die BAO München überstellt wurden. Während dieser Zeit war keine Bereitschaft angeordnet.

Polizeireport:

Wie ging es dann weiter in der Einsatzphase?

Mathias Schaak:

In München fand am 04.06.2015 eine Großdemonstration mit ca. 40.000 Teilnehmern statt. Zum Glück ohne besondere Vorkommnisse. Die Demonstration in München war gleichzeitig der Startschuss für die Aktionswoche der Demonstranten rund um Garmisch Partenkirchen. Jetzt konnte man sehen, dass die heiße Phase angebrochen war. Der eigentliche Gipfel stand bevor. Ab dem Freitag wurde bei uns eine 24h-Bereitschaft angeordnet.

Das heißt, dass zwischen den regulären Einsatzzeiten keine Möglichkeit mehr war, sich vor Ort beispielsweise Sehenswürdigkeiten anzusehen oder wandern zu gehen. Samstag, Sonntag und Montag gab es noch diverse Demonstrationen bei denen wir als Eingreifkräfte eingesetzt waren. Diese führten ebenfalls zu keinen besonderen Vorkommnissen.

„Das Einsatzkonzept in Elmau ging voll auf“

Einzelne Störungen, Blockaden und Versuche in den Sicherheitsbereich einzudringen wurden von den eingesetzten Beamten professionell gelöst. Das Konzept in Elmau ging voll auf, trotz entsprechendem Störer Klientel vor Ort. Nach meinen Erkenntnissen waren zahlreiche Störer anwesend, die auch schon in Frankfurt bei der EZB Eröffnung mitgewirkt haben.

Während der Bereitschaft in der heißen Phase wurden die Stunden 1:1 vergütet, wir haben im Verlauf der „Elmau-Reise“ ca. 170 Stunden angehäuft.

Polizeireport:

Du sagtest eben etwas von „Freizeitgestaltung“, hattet ihr dort Zeit für Land und Leute? Wie war eigentlich die Unterbringung und die Verpflegung im Einsatzzeitraum?

Mathias Schaak:

Vor allem in der Vorphase des Gipfels hatten wir durch die Nachtdienste und der Maßgabe, dass es keine Bereitschaft gab die Möglichkeit in der Freizeit etwas von der Region zu sehen. Einige von uns haben beispielsweise die Zugspitze erklommen, andere haben den Fahrradverleih am Hotel ausgiebig genutzt.

Tagsüber hatten wir traumhaftes Wetter. Ich bin mit Kollegen zum Beispiel zur Höllentalklamm gewandert, eine ausgespülte Felsformation, bei der sich über Jahrhunderte hinweg das Wasser in den Fels geschnitten hat.

Sehr zu empfehlen wenn man mal dort Urlaub macht, ein wunderbares Naturschauspiel. Die bayrischen Kollegen haben im Vorfeld ein Informationsheft



über die Region zusammengestellt mit vielen Sehenswürdigkeiten sowie Freizeitaktivitäten. Zusätzlich wurden noch diverse Gutscheine eingepflegt. Die Gutscheine dienten zum Beispiel der Preisermäßigung von Seilbahnfahrten oder Sehenswürdigkeiten die Eintritt kosteten. Die Bayern waren sehr gute Gastgeber, die sich extrem bemüht haben die Kräfte vor Ort gut zu versorgen und bei Laune zu halten.

über die Region zusammengestellt mit vielen Sehenswürdigkeiten sowie Freizeitaktivitäten. Zusätzlich wurden noch diverse Gutscheine eingepflegt. Die Gutscheine dienten zum Beispiel der Preisermäßigung von Seilbahnfahrten oder Sehenswürdigkeiten die Eintritt kosteten. Die Bayern waren sehr gute Gastgeber, die sich extrem bemüht haben die Kräfte vor Ort gut zu versorgen und bei Laune zu halten.

„Die Bayern waren sehr gute Gastgeber“

Polizeireport:

Und die Unterbringung und Verpflegung?

Mathias Schaak:

Die Unterbringung im Hotel kann sich absolut sehen lassen. Wir waren zusammen mit drei BFE'en aus Baden-Württemberg im Grand Hotel Sonnenbichl untergebracht. Zur heißen Phase gesellten sich noch einige Bereitschaftsstaatsanwälte unter uns.



Ein wirklich sehr schönes Hotel. Eigentlich waren die Zimmer als Doppelzimmer eingestuft, da jedoch der Bedarf zu groß war wurden kurzer Hand Klappbetten hinzustellen, so dass wir immer mit drei Kollegen auf einem Zimmer waren.



Das Hotel mit seinem Personal hat ganze Arbeit geleistet, und uns den Aufenthalt so angenehm wie möglich gestaltet. Das Essen bot alles was das Herz begehrt. So gab es neben einem üppigen Warmbuffet täglich frisches Obst und eine große Auswahl an Nachtisch.

Highlights waren u.a. die Abende an denen für uns auf der Terrasse gegrillt worden ist sowie der Schokoladenbrunnen am Nachtischbuffet. Die gute Verpflegung war leicht zu erklären.

Der Chefkoch des Hotels war ein Hesse. Man muss wirklich ein großes Kompliment an die Angestellten im Hotel aussprechen!

„Die Verpflegung war top, der Chefkoch war schließlich Hesse“

**Polizeireport:**

Kommen wir nochmal zurück zu euren Diensten, wie sahen denn euren Aufgaben vor Ort aus, wenn nicht gerade eine Demonstration stattgefunden hat?

Mathias Schaak:

Während unseren Tag- und Nachtdiensten waren wir im Sicherheitsbereich II eingesetzt. Rund um den Tagungsort Elmau wurden verschiedene Sicherheitsbereiche eingerichtet. Der Sicherheitsbereich II wurde teilweise durch einen Zaun sowie Einsatzbeamten aus dem ganzen Bundesgebiet, die dort in Linie verharren, gesichert. Aufgabe der Beamte war es das Eindringen von Störern zu verhindern. Diese Aufgabe hat den Kollegen einiges abverlangt, da gerade nachts mehrfach extreme Gewitter

aufzogen. Einmal kam es sogar dazu, dass die Kollegen auf Grund der hohen Gefahr eines Blitzschlages in Sicherheit gebracht werden mussten.

„Wir mussten einmal wegen Blitzschlaggefahr in Sicherheit gebracht werden“

Innerhalb des Sicherheitsbereiches waren wir als Eingreifkräfte vorgesehen. Dies bedeutete, wenn Störer in den Sicherheitsbereich gelangt wären, wären wir beauftragt worden, diese ausfindig zu machen und wieder nach draußen zu begleiten.

Polizeireport:

Du sprichst von dem Sicherheitsbereich II, was war das genau und wieso ward ihr nicht im Sicherheitsbereich I eingesetzt?

Mathias Schaak:

Beim Sicherheitsbereich I handelte es sich um den Bereich direkt um Schloss Elmau herum und unterlag komplett der Kontrolle des Bundeskriminalamtes. Um in diesen zu gelangen benötigte man eine spezielle Sicherheitsakkreditierung. Diese haben natürlich nicht alle Kollegen bekommen die generell an der Großlage G7-Gipfel eingesetzt waren.

Es befanden sich immerhin ca. 17.000 Kollegen allein aus dem Bundesgebiet und nochmal gut 2000 auf Österreichischer Seite, da Österreich nur einen Steinwurf weit entfernt war, im Einsatz. Der Sicherheitsbereich II war der äußere Bereich. Dieser war ca. 17 km lang.

Polizeireport:

Wie war dein Eindruck generell vom erarbeiteten Sicherheitskonzept? Beim letzten Gipfel in Deutschland in Heiligendamm kam es ja bei einer Demonstration in Rostock zu massiven Ausschreitungen.

Mathias Schaak:

Das Konzept ist aus meiner Sicht voll aufgegangen. Aufklärungsergebnisse haben gezeigt, dass sich unter den Demonstranten einige hundert gewaltbereite Teilnehmer befanden. Nur durch die massive Präsenz der Polizei, die fast an jeder Kreuzung gestanden hat, wurden möglichen gewalttätigen Aktionen bereits im Keim erstickt. Es gab

eigentlich keine Möglichkeit rund um Garmisch illegale Aktionen zu starten.

Es bestand, soweit ich das einschätzen kann, keine wirkliche Gefahr, dass eine Lage für die anwesenden BFE'en entstanden wäre. Ob zu viel Polizei vor Ort war oder die Grenzkontrollen vor Ort überzogen waren vermag ich nicht zu bewerten. In Frankfurt waren es einige Krawalltouristen die für die Angriffe auf die Polizei verantwortlich waren. Das zeigt u.a. auch das Verfahren eines italienischen Straftäters in Frankfurt.

Polizeireport:

Was würdest du für ein Fazit ziehen nach den knapp zwei Wochen beim G7-Gipfel in Elmau?

Mathias Schaak:

Ich würde grundsätzlich ein positives Fazit ziehen. Mich hat es sehr gefreut, dass die Einwohner von Garmisch-Partenkirchen und den umliegenden Gemeinden so polizeifreundlich waren und ein positives Bild von unserem Beruf haben.

Es wurden viele freundliche Bürgergespräche geführt. Die Bewohner kannten alle die Bilder aus Frankfurt und teilweise noch vom letzten Gipfel aus Heiligendamm. Dadurch waren sie verunsichert und hatten große Angst, dass es auch in Garmisch zu größeren Sachschäden und Ausschreitungen kommen könnte.

Diese Verunsicherung wurde jedoch durch das vorliegende Einsatzkonzept verhindert. Vielleicht spielten auch die besonderen Bedingungen rund um Garmisch eine nicht unwesentliche Rolle.

Durch die Berge gibt es nur wenige Zufahrtsstraße in die Region, die eine Kontrolle der anreisenden Demonstranten sehr einfach machte und dadurch vielleicht einen Großteil an gewaltbereiten Demonstranten vor der Anreise hinderte. Ebenfalls spielte der Polizei das Wetter in die Karten. Die tagsüber sehr heißen Temperaturen und die teilweise unwetterartigen Gewitter am Abend haben den Demonstranten zusätzlich die Laune etwas verdorben.

„Nach über einer Woche wieder zuhause, wie heißt es doch so schön- Zu Hause ist's doch am Schönsten“

Aus Sicht meiner Einheit ist festzuhalten, dass es eine gute Zeit war und wir als Einheit noch weiter zusammengedrückt sind. Es bleibt jedoch zu sagen, dass eine so lange Einsatzzeit vor Ort für einige Kollegen gewisse Probleme mit sich bringt. Kollegen aus Hessen waren beispielsweise im österreichischen Saalfeld untergebracht. Dort war bereits der Anruf in der Heimat durch anfallende Roaminggebühren ein Hindernis. etztendlich war die Freude bei Familien und Freunden über unsere Wiederkehr sehr groß. Wie heißt es so schön: „Zu Hause ist's doch am schönsten!“

Polizeireport:

Lieber Mathias, wir danken dir recht herzlich für deine Bereitschaft, uns über deine Eindrücke eines außergewöhnlichen Einsatzes zu berichten. ■

Das Interview führte Daniel Klimpke

